

NEWSLETTER

Unsere Meinung – Glaubts uns nichts, recherchiert alles selber!

9. Ausgabe Dezember 2023

Der-Runde-Tisch.com

Dieser rein private und nicht kommerzielle sowie nicht journalistische Newsletter ist ausschließlich für Freunde des Runden Tisch. Es findet weder Werbung noch sonst eine gewerbliche Tätigkeit statt.



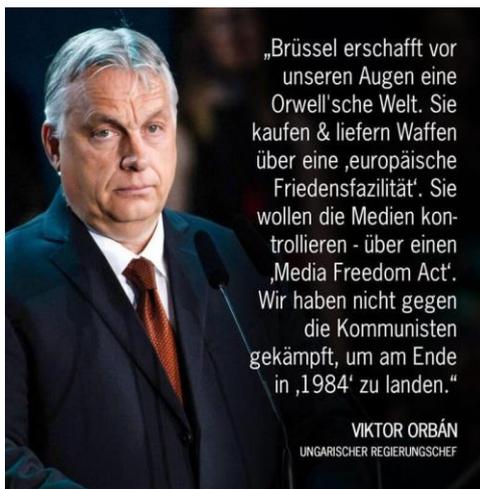
Die Illusion von der Demokratie

Demokratie & Rechtsstaatlichkeit ist eine Illusion

von Dirk Magnutzki

Ich habe es mehrfach gesagt, immer und immer wieder, Videos hierzu veröffentlicht und ich habe es auch geschrieben. Die Demokratie von der wir glaubten, dass wir diese haben und die Rechtsstaatlichkeit von der wir glaubten, dass sie in unserem Land existiert sind leider Illusionen.

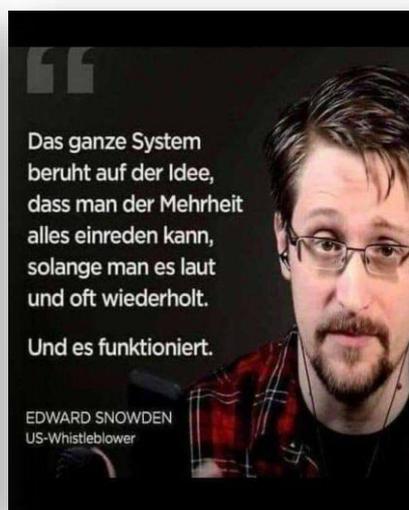
Nicht nur der Fall des Richters Dettmar aus Weimar, sondern auch viele andere Fälle von relativ willkürlichen Verhaftungen mit mehrmonatlicher Untersuchungshaft wie z.B. bei Michael Ballweg, Michael Fritsche, Dorothea Thul und jetzt auch Reiner Fuellmich und vielen anderen aber auch unsere eigenen Erfahrungen mit einem übergriffigen Staat, einer übergriffigen Polizei und einer Justiz, die sich offensichtlich selbst schon lange nicht mehr an die Gesetze zu halten scheinen, für die sich eigentlich rechtsstaatlich verantwortlich sind, zeigt uns doch mehr als deutlich das hier nichts mehr geht.



Nach dem Prinzip wir behaupten etwas und dann beweis mir doch mal das Gegenteil, werden zum Teil vollkommen absurde Behauptungen in den Raum gestellt, die sich bei einfachster Überprüfung schon als Unwahr herausstellen. Vielen fehlt das nötige Wissen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten aber auch Kraft und Durchhaltevermögen, um gegen dieses Unrecht vorzugehen. Was zurück bleibt ist Desillusion und eine tiefe Abneigung gegen den Staat, bei vielen dieser Menschen.

Der Staat, der durch seine Innenministerin Nancy Faeser nicht müde wird zu behaupten, dass immer mehr böse Bürger den Staat delegitimieren, kommt selber gar nicht auf die Idee, dass er selbst, ausschließlich dafür verantwortlich ist, dass sich dieser Staat mehr und mehr selber delegitimiert. Gesetze, Verordnungen und einfachste Regeln des Zusammenlebens von Menschen, können eben nur dann funktionieren, wenn sich alle daranhalten. Der Bürger, die Staatsbediensteten aber auch der Staat als Institution an sich. Wenn der Staat oder seine Organe respektive vom Volk eingesetzte Repräsentanten, wie Regierungen usw. jedoch selbst sich von der rechtsstaatlichen Basis immer weiter entfernen und glauben über dem Gesetz zu schweben, dann macht sich der Staat nicht nur angreifbar, sondern er stellt die Rechtsstaatlichkeit selbst in Frage,

die er stets von seinen Bürgern einfordert. Natürlich merken immer mehr Bürger, dass Gesetze und Verordnungen bis hin zu einfachsten Vergehen, nur gegen sie selber, also den Bürger angewendet werden. Eine falsch- oder gar nicht getragene Maske wird im Ordnungswidrigkeitsverfahren geahndet und verfolgt. Aber ganz offensichtlich, kriminelle Politiker, allen voran Bundeskanzler Olaf Scholz, der eine Spur krimineller Vergehen in seiner gesamten politischen Karriere hinter sich herzieht, windet sich einfach aus allem heraus, indem er sich nicht mehr erinnern kann, Beweismittel verschwinden einfach, Staatsanwälte werden ausgebremst und der Kanzler lügt ganz ungeniert und für jeden sichtbar.

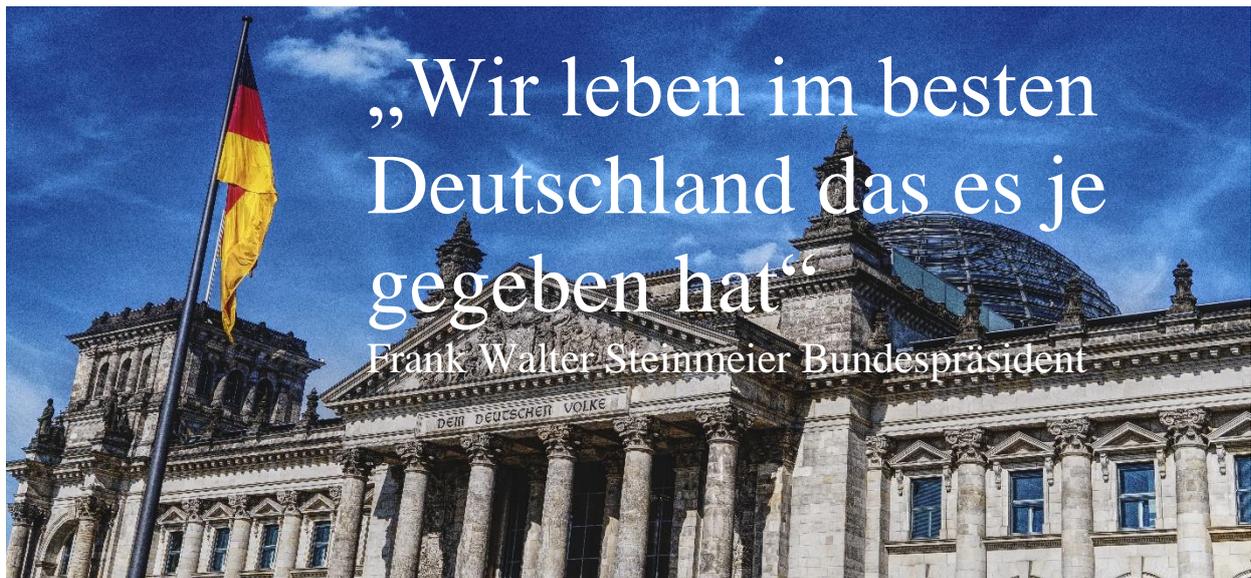


Regierungsmitglieder und Bundestagsabgeordnete unterliegen fälschlicherweise der Illusion einer Immunität. Dies ist aber bei näherer Betrachtung tatsächlich nur eine Illusion, denn das internationale Recht oder das Völkerrecht, kennt keine Immunität bei nachgewiesenen, strafbaren Handlungen. Schon die Übertragung rechtstaatlicher Funktionen und Aufgaben, durch einen Vertrag an die WHO, ist in jeglicher Weise rechtswidrig. Die Bundesregierung besitzt überhaupt nicht das Recht und auch nicht die Legitimation, rechtstaatliche Aufgaben an eine nicht gewählte NGO Organisation weiterzugeben oder abzutreten, mit dem Ergebnis, dass die Grundrechte der Bürger dadurch ausgesetzt werden.

Hierzu hat keine Regierung in keinem Land das Recht, geschweige denn eine Legitimation. Das gleiche gilt bei sämtlichen s.g. Corona Schutzverordnungen, von Maskenpflicht über Testpflicht, über eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, bis hin zu Lockdowns, Verweilverbote, Ausgangssperren und dergleichen, handelt es sich allesamt um rechtswidrige Anweisungen, für die der Staat nach dem Allgemeinen Völkerrecht und auch dem Grundgesetz keine rechtliche Handhabe hat.

Die Staatsorgane irren in ihrer Annahme, dass sie Gesetze und Normen sowie beispielsweise das Grundgesetz vorübergehend unter bestimmten Voraussetzungen außer Kraft setzen können. Dies ist offenkundig eine falsche Annahme, denn das Grundgesetz als oberste Gesetzesnorm aber auch die darunter stehenden untergeordneten Gesetze, sehen eine vorübergehende Aussetzung von Gesetzen und Rechtsnormen nicht vor. Sie sehen es auch dann nicht vor, selbst dann, wenn man einen Grund aus dem Nichts herausschafft, in der Annahme, man könne eine angebliche pandemische Notlage nationaler Tragweite dazu verwenden, sämtliche Gesetze und Rechtsnormen außer Kraft zu setzen. Die Logik die dahinter steckt, ist einfach und simpel. Wäre es nämlich möglich, unter bestimmten Voraussetzungen und unter der Schaffung ganz bestimmter erfundener Gründe, Gesetze und Rechtsnormen außer Kraft zu setzen, wäre es ein leichtes für jede Regierung, ständig und permanent, wenn man es denn braucht, einfach eine Notlage zu erklären die aber gar nicht besteht. Mal ist es ein ganz neuer gefährlicher Virus, ein anderes Mal eine Klimakatastrophe,

oder ein Krieg in einem weit entfernten Land oder sonstige Gründe, die dazu führen können, bestehende Gesetze und Rechtsnormen nach Belieben außer Kraft zu setzen.



Die Regierung und das Parlament irrt in der Annahme, dass sie die Befugnisse und somit die Legitimationen dazu haben, durch Beschlüsse und Abstimmungen, quasi durch Pseudo-Demokratische Verfahren die Abschaffung oder Aussetzung bestimmter Gesetze und Rechtsnormen legitimieren zu können. Diese Annahme ist gänzlich falsch, denn hierfür wurden sie vom Volk weder legitimiert, noch gibt es dafür eine echte, tatsächliche rechtliche Grundlage.

Die erkennbare Abhängigkeit der Regierung und des Parlaments, von nicht gewählten und somit nicht legitimierten privaten Organisationen wie beispielhaft die WHO, die UN, das WEF und eine Vielzahl anderer Organisationen zeigt deutlich, wie sehr die deutsche Regierung aber auch zahlreiche andere Regierungen, sich von demokratischen Grundprinzipien entfernt haben, zu Gunsten eigener Macht- und Wirtschaftsinteressen. In einer Art politisch verblendeten Ideologie glauben sie hierzu das Recht zu haben. Ähnliche Verblendungen kennt man auch von religiösen Sekten die oftmals nicht rational handeln und agieren, sondern nach ihrer ganz eigenen ideologischen Weltanschauung. Es gibt keine einzige Grundlage dafür, den Bürger quasi vor sich selber zu schützen, so eine wahnhafte Ideologie kennt man nur aus totalitären Systemen.

Die eigene Bevölkerung merkt aber sehr genau, dass die von ihr gewählten Volksvertreter sich mehr und mehr von demokratischen rechtstaatlichen Normen und Strukturen entfernen und hierbei offensichtlich weder Scham, noch Moral besitzen. Offensichtlich erkennen sie nicht, dass sie durch ihr Verhalten sich immer weiter vom eigenen Volk entfernen und hierdurch ihre eigene Daseinsberechtigung mehr und mehr verlieren, wodurch sie sich selber delegitimieren.

Die Stasi Methoden der Nancy Faeser

Überwachungsskandal: Nancy Faeser ließ mit Geheimdienst Methoden Hunderte Abgeordnete ausforschen. Quelle: NIUS

Es ist einer der ungeheuerlichsten Überwachungsskandale in der Geschichte der BRD. Mit ungeheuerlichen Methoden sollte ein Forschungsinstitut der Universität Bielefeld ein Gesinnungsprofil von nahezu allen frei gewählten Landtagsabgeordneten in Deutschland erstellen.

Die Innenministerin wollte offenbar wissen, ob die frei gewählten Abgeordneten zu rassistischen Verhaltensweisen neigen. Eine solche Überprüfung aller Abgeordneten durch das Innenministerium ist in Deutschland historisch einzigartig.



Das Innenministerium von Nancy Faeser ließ allen Ernstes, fingierte Bewerbungen verschicken um die eigenen Abgeordneten zu prüfen durch das Institute for Interdisciplinary Research on Conflict and Violence.“ Ein Institut für Gewalt und Konflikte, das mit gefälschten Mails, verdeckten Ermittlungsmethoden und einer gewaltigen Überwachungsoperation die Gesinnung aller Abgeordneten in deutschen Landtagen ausforscht, beauftragt von dem Ministerium dem auch der deutsche Inlandsgeheimdienst unterstellt ist. Herausgefunden werden sollte in Faesers Auftrag, wie Abgeordnete auf deutsche und auf ausländische Namen reagieren. Mit „möglichen Ungleichbehandlungen aufgrund einer (vermuteten) Herkunft“ ist gemeint, dass Faeser herausfinden lassen wollte, ob es von den Abgeordneten Vorbehalte gab.

Also das Innenministerium unter der Leitung von Nancy Faeser, die eine bekennende Sympathisantin der Antifa ist (die Antifa ist in einigen Bundesstaaten der USA verboten) beauftrag ein Institut Bundestagsabgeordnete hinteres Licht zu führen, mit falschen Emails um ihre Gesinnung herauszufinden. Das sind eindeutig Methoden, die so oder so ähnlich auch von der Staatssicherheit der DDR eingesetzt wurden.

EU Beraterin empfiehlt religiöse Organisationen und Militär für Impfkampagnen einzusetzen

Eine einflussreiche Beraterin der EU hat die Regierungen dazu ermuntert, ihren Bürgern nicht länger “die Wissenschaft” zu erklären, sondern stattdessen das Militär und religiöse Organisationen zur Impfung der Bevölkerung einzusetzen. Das sagt die Präsidentin des Europäischen Forschungsrates der EU, Professor Maria Leptin bei einer Konferenz des Weltwirtschaftsforums (WEF). Quelle: tkp

Während der WEF-Podiumsdiskussion erklärte Leptin, dass die Regierungen aufhören sollten, die Öffentlichkeit zu überzeugen, sich impfen zu lassen, und stattdessen das Militär und das “religiöse Establishment” einschalten sollten. An der Podiumsdiskussion nahmen neben Leptin der CEO von Moderna, Stéphane Bancel, das WEF- Exekutivkomiteemitglied Shyam Bishen, der ehemalige CEO von Bill Gates’ GAVI und Miterfinder von COVAX, Seth F. Berkley, sowie Michelle Williams von Harvard teil.

Der Europäische Forschungsrat (ERC) ist eine öffentliche Einrichtung zur Förderung der wissenschaftlichen und technologischen Forschung in der Europäischen Union (EU). Der ERC wurde 2007 von der Europäischen Kommission gegründet und besteht aus einem unabhängigen wissenschaftlichen Rat, dessen Leitungsgremium aus angesehenen Forschern besteht und einer Exekutivagentur, die für die Durchführung zuständig ist. Er ist Teil des Rahmenprogramms der Union für Forschung und Innovation, Horizon 2020, dem das siebte Forschungsrahmenprogramm (RP7) vorausging. Maria Leptin ist eine deutsche Entwicklungsbiologin und Immunologin, die derzeitige Präsidentin des Europäischen Forschungsrats. Von 2010 bis 2021 war sie Direktorin der Europäischen Organisation für Molekularbiologie.

Wie die Regierung selber den Staat delegitimiert

von Prof. Dr. Martin Schwab

Am 13.07.2023 verkündete die Bundesregierung auf ihrer Facebook-Seite, es werde bald einfacher werden, Schöffen abzurufen, die verfassungsfeindlichen Aktivitäten nachgingen. Daraufhin hat Prof. Dr. Martin Schwab (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Verfahrens- und Unternehmensrecht an der Universität Bielefeld) den nachfolgenden Text verfasst:



Seit fast 20 Jahren bin ich als Jura-Professor tätig. Mein Entsetzen darüber, wie Politiker sämtlicher aktuell regierungstragenden Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne, Linke) seit mittlerweile mehr als drei Jahren mit den Grundrechten umspringen, kann ich kaum in Worte fassen. Wie heißt es so schön: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! Überprüfen wir daher einmal die Verfassungstreue aktueller Funktionsträger in Legislative und Exekutive:

1. Abgeordnete, die für eine allgemeine COVID-Impfpflicht votieren, obwohl sie wissen, dass diese Impfung tödlich ausgehen kann (wer von ihnen diese Kenntnis hatte, wird sorgsam aufzuarbeiten sein), trachten ihrem eigenen Volk nach dem Leben und stehen daher NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. 2. Ein Bundeskanzler, der verkündet, im Kampf gegen das Corona-Virus kenne er keine roten Linien mehr, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn es gibt dort für jegliche politische Intervention eine rote Linie – nämlich die Grundrechte.

3. Eine Bundesaußenministerin, die ohne jede Vorwarnung öffentlich äußert, Deutschland befinde sich im Krieg mit Russland, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie propagiert entweder einen Angriffskrieg oder aber sie ruft einen Verteidigungskrieg aus, ohne dass Bundestag und Bundesrat gemäß Art. 115a Abs. 1 Satz 1 GG den Verteidigungsfall festgestellt haben. 4. Eine Bundesinnenministerin, die Beamten die Beweislast für ihre Verfassungstreue auferlegen will, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie hat nicht verstanden, dass auch Beamte das Recht haben, für ihre Überzeugung zu streiten, und dass auch für Beamte das rechtsstaatliche Fundamentalprinzip der Unschuldsvermutung gilt.

5. Eine Bundesinnenministerin, die Mithilfe ihrer Verfassungsschutzbehörde unter dem Deckmantel „Delegitimierung des Staates“ Regierungskritiker überwachen lässt, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn ihr fehlt fundamentales Wissen über die Funktionsbedingungen eines demokratischen Rechtsstaats: (1) Wer die Regierenden in Frage stellt, stellt damit nicht die staatlichen Institutionen in Frage. Es ist zwischen Amt und Person zu trennen. (2) Der Gewaltenteilungsgrundsatz (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG) ist das Misstrauensvotum des Verfassungsgebers an die Adresse eines jeden, der staatliche Macht ausübt. Deshalb ist es auch dem Bürger erlaubt, den Regierenden zu misstrauen. (3) Zu den Funktionsbedingungen der Demokratie gehört die Ablösbarkeit der Regierung. Regierende müssen sich daher dem kritischen Diskurs stellen, auch wenn dieser für sie unangenehm ist.



6. Ein Bundeswirtschaftsminister, der auf die Anordnung des BVerfG, das Parlament brauche mehr Zeit, um das Heizungsgesetz zu beraten, mit der Erklärung reagiert, er erwarte, dass das Gesetz nach der Sommerpause ohne inhaltliche Änderung verabschiedet werde, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn er maßt sich an, das Ergebnis des parlamentarischen Diskurses verbindlich vorwegzunehmen und tritt damit die Rechte der Abgeordneten mit Füßen.

7. Eine Bundesfamilienministerin, die Antifa-Organisationen wie z.B. die „Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus“ in Herford finanziert, deren einziges Ziel es ist, Regierungskritiker zu diffamieren und mit durch nichts gerechtfertigten Rechtsextremismus-Vorwürfen zu überziehen (so geschehen am 23.1.2023 in dem 108 Seiten starken Pamphlet „Verstrickungen“ über „Corona-Leugner“ in Ostwestfalen-Lippe), steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie hat nicht verstanden, dass die freie Meinungsäußerung für ein demokratisches Gemeinwesen

schlechthin konstituierend ist und dass niemand das Recht hat, von oben herab Meinungen in gut und schlecht einzuteilen

8. Abgeordnete, die für eine Stärkung der WHO eintreten, ohne sich mit den aktuell geplanten Regelwerken (Internationale Gesundheitsvorschriften/Pandemievertrag) zu beschäftigen, stehen NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie unterwerfen unser Land einer nicht demokratisch legitimierten Institution mit – wenn die aktuellen Pläne verwirklicht werden – unkontrollierten Machtbefugnissen. 9. Abgeordnete, die sich der Aufarbeitung der härtesten Grundrechtseingriffe in der Geschichte der BRD verweigern, stehen NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie werden bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Raubbau an den Grundrechten erneut mittragen, ohne nach belastbaren Daten und wissenschaftlicher Evidenz zu fragen. Haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eigentlich den Bericht der gesetzlich eingerichteten Sachverständigenkommission (§ 5 Abs. 9 IfSG) zur Kenntnis genommen, der seit über einem Jahr vorliegt? Hat es darüber eine Plenardebatte oder wenigstens eine Debatte im Gesundheitsausschuss gegeben? Oder haben sich die Abgeordneten mit der Stellungnahme der Bundesregierung vom 4.10.2022 (BT-Drucksache 20/3850) kommentarlos zufriedengegeben?

Der Völkermord mit Ansage

EMPÖRUNG: Israel forderte die Bewohner des Gazastreifens auf, nach Ägypten zu fliehen, um sich in Sicherheit zu bringen und scheint dann den einzigen Grenzübergang für ihre Flucht bombardiert zu haben. (Quelle: Netzfund)



Es gibt Berichte, die darauf hindeuten, dass Israel unmittelbar nach der Aufforderung an die mehr als zwei Millionen Palästinenser, die im Gazastreifen leben, nach Ägypten zu fliehen, offenbar Rafah bombardiert hat, den einzigen Grenzübergang, der zwischen den beiden Gebieten existiert. Die Times of Israel berichtete, dass die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) einen unterirdischen Tunnel angegriffen hätten, von dem sie behaupteten, dass er für den "Schmuggel von Waffen und Ausrüstung in der Gegend von Rafah an der Grenze zwischen Ägypten und Gaza" genutzt wurde, obwohl die IDF nicht offiziell bestätigte, dass sie den Übergang selbst getroffen haben.

Berichte vor Ort besagen jedoch, dass Rafah jetzt völlig unpassierbar ist, was bedeutet, dass die Millionen von Bewohnern des Gazastreifens, die vor Israels geplanter Bodeninvasion zur Flucht aufgefordert wurden, jetzt wie sitzende Enten festsitzen. Das israelische Militär gab die Warnung nur wenige Minuten vor dem Bombenanschlag heraus, was bedeutete, dass niemand auch nur Zeit hatte, darauf zu reagieren, geschweige denn Pläne zu schmieden, um zu seiner eigenen Sicherheit

zu fliehen. Das ist der Grund, warum viele jetzt erkennen, dass es sich um einen geplanten Völkermord und eine ethnische Säuberungsoperation handelt, die Israel gegen Gaza startet und die weit über die Hamas hinausgeht. Empfohlen: **BREAKING: Überzeugende Videobeweise** deuten darauf hin, dass eine israelische AIR BURST-Bombe das Gelände des Al-Ahli-Krankenhauses traf und Hunderte von palästinensischen Zivilisten tötete, als sie auf dem Hofgelände neben dem Parkplatz schliefen.



Der israelische Minister Amihai Eliyahu sagt, dass der Abwurf einer Atomwaffe auf den Gazastreifen "eine Option" sei.

Israel hat es nicht nur auf die Hamas abgesehen: Es will den gesamten Gazastreifen, was bedeutet, dass die "menschlichen Tiere" – Israels Worte, nicht unsere – verschwinden müssen denken sie daran, dass, obwohl die israelische Bodeninvasion in Gaza noch nicht stattgefunden hat – obwohl sie laut israelischen Beamten in Arbeit ist – es Hunderte von Luftangriffen gibt, die unschuldige Männer, Frauen und Kinder in Gaza töten, die nichts mit der Hamas zu tun haben. "Der Gazastreifen ist etwa mehr als doppelt so groß wie Washington, D.C., hat aber dreimal so viele Einwohner", erklärt ein Medienbericht, wie ernst dies aufgrund der schieren Anzahl von Menschen ist, die derzeit dieses winzige Stück Land besetzen, das Israel verzweifelt annectieren und als sein Eigentum zurückfordern will, nachdem es vor Tausenden von Jahren von Gott selbst aus dem Land vertrieben wurde. Die IDF beharrt darauf, dass, obwohl sie die Bevölkerung in Gaza angewiesen hat, sich "von bestimmten Gebieten zu distanzieren", die Israel angeblich exklusiv ins Visier nimmt, es nie offizielle Aufrufe gab, diese Menschen nach Ägypten zu verlassen. Wohin sollen sie dann gehen? Werden sie alle als Migranten nach Europa und in die Vereinigten Staaten verschifft oder werden sie einfach durch die Hand des israelischen Militärs sterben? Die Zeit wird es zeigen, aber dies eskaliert eindeutig zu einer sehr ernststen humanitären Krise, wie sie die Welt höchstwahrscheinlich schockieren wird, sobald alles wirklich Gestalt annimmt.



"Die Rhetorik israelischer Beamter hat weiterhin alle Palästinenser im Gazastreifen entmenschlicht, um die Massenbombardements von Militanten und Zivilisten gleichermaßen zu vertuschen", warnt ein Medienunternehmen vor der schlimmen Situation. "Netanjahu hegt seit langem Pläne, den Gazastreifen zu annektieren und Palästinenser auf die Sinai-Halbinsel in Ägypten umzusiedeln", kommentierte ein Kommentator die Angelegenheit und zitierte eine Audioaufnahme des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, der über ein Gespräch mit Netanjahu sprach. "Netanjahu sagte einmal ... dass es eine Karte gibt, die den Gazastreifen und das Gebiet in der Nähe unserer Grenzen zeigt, und begann zu konsultieren, ob die Bevölkerung des Gazastreifens auf die Sinai-Halbinsel ziehen würde", sagte Mubarak und fügte hinzu, dass er Netanjahus Angebot abgelehnt habe. "Vergiss es", sagte Mubarak zu Netanjahu. "Weder ich, noch der, der nach mir kommt, wird in der Lage sein, unser Territorium aufzugeben." (Quellen für diesen Artikel: NaturalNews.com, ZeroHedge.com, Newstarget.com)



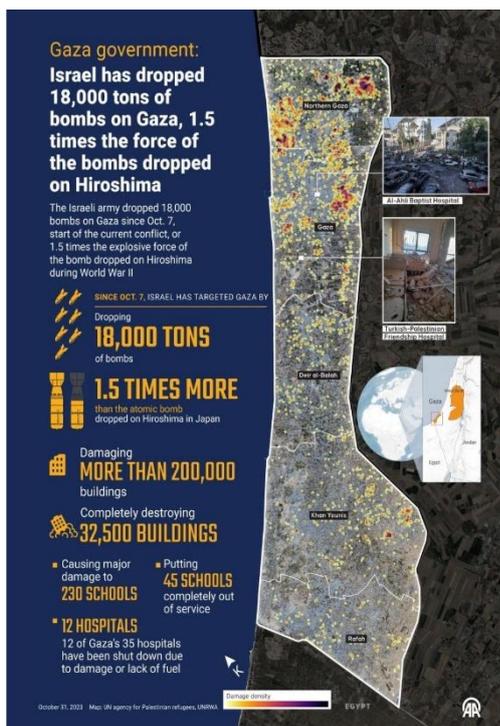
Ein Bericht der „New York Times“ wirft die Frage auf, ob Israel die Hamas-Terror- Pläne vorher kannte?

Es stellt sich die Frage, ob das Massaker der Hamas-Terroristen am 7. Oktober mit rd.1200 Todesopfern verhindert werden können?

Die „New York Times“ berichtet, dass es schon mehr als ein Jahr zuvor Hinweise auf Planungen für den Großangriff gab. Demnach soll es einen umfassenden Austausch israelischer Behörden zu einem 40 Seiten langen Dokument gegeben haben, das den Codenamen „Jericho-Mauer“ trägt und einen Gefechtsplan der Hamas skizziert.

Dieser Plan soll bis in die Details hinein dem Angriff geähndelt haben, den Hamas-Terroristen dann Anfang Oktober tatsächlich aus dem Gazastreifen heraus ausführten. Kam es dann zu einer fatalen Fehleinschätzung? Das Szenario sei von israelischen Militär- und Geheimdienstmitarbeitern als zu anspruchsvoll und zu schwierig in der Ausführung abgetan worden, berichtet die US-Zeitung.

Die vorliegenden Informationen lassen doch sehr stark zweifeln, dass die Israelische Regierung nichts gewusst haben will. Der ägyptische Geheimdienst soll die Regierung Netanjahu vorab über mögliche Angriffe der Hamas gewarnt haben. Es stellen sich doch einige Fragen: Wo war die Israelische Armee? Wo waren die Überwachungsdrohnen? Wo war der so gefürchtete Israelische Geheimdienst Mossad? Es wirkt vollkommen unglaubwürdig um nicht zu sagen völlig absurd, dass dies alles zufällig geschehen sein soll und die Israelische Regierung davon angeblich nichts wusste. Es deutet alles darauf hin, dass Netanjahu seine eigenen Leute geopfert hat, um endlich dem seit langen ersehnten Kriegsgrund zu bekommen, um den Gaza Streifen ein für alle Mal massiv bombardieren zu können, unter dem Vorwand der Selbstverteidigung. Das Israelische Militär hat seit dem 7. Oktober 2023 rd. 20.000 Tonnen an Bomben auf den Gazastreifen abgeworfen. Zum Vergleich das ist rd. 1,7 Mal mehr an Sprengkraft als die Bombe die im 2. Weltkrieg auf Hiroshima abgeworfen wurde. Auf die 1.200 Toten Israelischen Menschen antwortete Israel mit rd. 15.000 Toten Palästinensern, wovon der weit überwiegende Teil Zivilisten sein dürften. Ein brutaler Völkermord unvorstellbaren Ausmaßes vor den Augen der Weltöffentlichkeit.



Plan: Umsiedlung der Gaza-Bewohner nach Ägypten 🇪🇬 🇮🇱 🔥

- ☛ Die israelische Regierung hat die **Existenz eines Dokuments des israelischen Geheimdienstes** bestätigt, in dem die **Umsiedlung von 2,3 Millionen Bewohnern** des Gazastreifens auf die ägyptische Sinai-Halbinsel vorgeschlagen wird, berichtet *The Times of Israel*.

- ☛ Gleichzeitig schlug der Geheimdienst vor, eine **besondere Sicherheitszone innerhalb Israels** zu schaffen, die palästinensische Flüchtlinge an der Einreise in das Land hindern würde.
- ☛ *The Financial Times* berichtet derweil, dass Ägypten sich aktiv dem Druck der EU widersetzt, die versucht, das Land zur **Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge** zu bewegen.

ISRAEL HAT DIE HAMAS GEGRÜNDET – EIN GEHEIMDIENSTPROJEKT

Es gibt ein verborgenes Bündnis zwischen Israel und der Hamas. Netanyahus Strategie besteht darin, die Zwei-Staaten-Option zu verhindern, und deshalb hat er Hamas zu seinem engsten Partner gemacht. In der sichtbaren Dimension ist die Hamas ein Feind, in der verborgenen Dimension ist sie ein Verbündeter. Der Geldtransfer an die Hamas sei Teil der Strategie, die Palästinenser von Gaza und dem Westjordanland zu trennen. Auf diese Weise werde die Gründung eines palästinensischen Staates vereitelt. «Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der größte Teil der Geschichte des modernen Terrorismus, nicht nur seit 2001, sondern wirklich seit dem Zweiten Weltkrieg, eine von westlichen und israelischen Geheimdiensten inszenierte Täuschung war. »

Die wahren Gründe für den Krieg in Gaza

(Auszüge aus einem Artikel von Thomas Röper)

Bei dem Krieg in Gaza geht es in Wahrheit um Öl und Gas und um den geopolitischen Konflikt zwischen den USA und Russland. Das Rishi Sunak die israelische Militäroperation unterstützt, bedeutet, dass er nicht nur britischen Interessen dient, sondern auch US-Interessen, denn BP hat eine große Anzahl von US-Aktionären, insbesondere Vanguard, Black Rock und JP Morgan. Dass es auch um Interessen von US-Konzernen geht, ist also offensichtlich, was auch erklärt, warum die Biden-Regierung trotz massiver innenpolitischer Kritik – auch aus der eigenen Partei – so wenig tut, um Israels Kriegsverbrechen in Gaza zu stoppen.

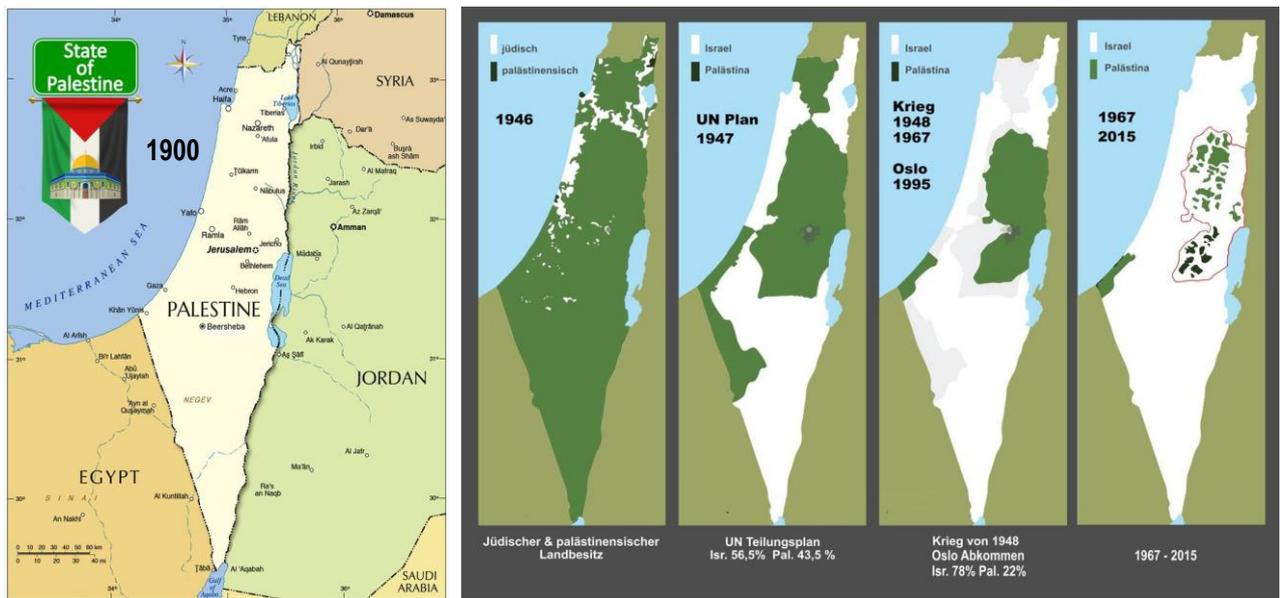


Die nötige ethnische Säuberung um den Gazastreifen zu vereinnahmen, Das diese Kriegsverbrechen, die wahllose Bombardierung von Zivilisten in Gaza, die zu inzwischen 15.000 toten palästinensischen Zivilisten (fast die Hälfte davon Kinder) geführt hat, keine willkürliche Grausamkeit sind, wird damit auch klar: Mit dem Terror will Israel die Palästinenser dazu bringen, Gaza zu verlassen, damit Israel die Kontrolle über den Gazastreifen und die Öl- und Gasfelder übernehmen kann. Das Israel die Kontrolle über den Gazastreifen dauerhaft übernehmen will, wurde von Anfang an klar, als die israelische Armee die Palästinenser zuerst aufforderte, Gaza-Stadt Richtung Süden zu verlassen und dann immer wieder forderte, Ägypten solle die Palästinenser aus Gaza ausreisen lassen. Kritiker haben Israel daher von Beginn an vorgeworfen, im Gazastreifen eine ethnische Säuberung anzustreben und das Gebiet dauerhaft besetzen zu wollen. Der Grund, warum Israel das nun tut, sind offenbar keine israelischen Sicherheitsinteressen oder blinder Hass auf die Palästinenser, sondern ganz banal die Öl- und Gasvorkommen vor der Küste von Gaza. Danach könnte die Erschließung des Gasfeldes sofort beginnen und die Gaspipeline, die die von den USA gesprengten Nord Streams ersetzen soll, könnte in Betrieb genommen werden, bevor sich Russland und Deutschland nach dem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine und mit einer möglicherweise anderen Regierung in Berlin irgendwann wieder soweit annähern, dass die Nord Streams repariert und wieder in Betrieb genommen werden können. Bis dahin wären die wichtigsten Gaslieferanten für Europa aber bereits die britische BP und die italienische ENI und nicht mehr die russische Gazprom.

Ökonomische Faktoren sind die eine Seite bei der Beurteilung dieses Krieges. Religiöse Fanatiker wiederum laden diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf. Religiöse Fundamentalisten im Judentum, Christentum und im Islam träumen von der letzten Schlacht, in der der Teufel besiegt wird. Danach breche das Reich Gottes an. Diese Apokalyptiker werden zu einer immer größeren Gefahr für den Weltfrieden.

Wie den Palästinensern ihr Land genommen wurde

Tatsache ist, dass dem palästinensischen Volk ihr eigenes Land gestohlen wurde



Israel weitet Einsatz auf ganzen Gazastreifen aus

„Nach dem Einsatz im Norden kämpft das israelische Militär nun im gesamten Gazastreifen mit Bodentruppen. US-Politiker mahnen Israel, Zivilisten besser vor Angriffen zu schützen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) „Ein halbes Jahr nach dem russischen Einmarsch in das Nachbarland, meldete die UN 5.800 bestätigte zivile Tote“. In Gaza aber starben im Bombenhagel schon in den ersten vier Wochen über 11.000 Menschen, die Hälfte davon Kinder und Minderjährige, bis heute sind es wahrscheinlich um die 18.000 Tote. Wer sich die Karte oben ansieht, kann klar erkennen, dass es Israel immer nur um Land also die Erweiterung ihrer Staatsgrenzen ging, es ging nie um etwas anderes. Aus ursprünglich 800.000 Einwohnern 1948 sind mittlerweile rd. 9,7 Millionen Einwohner im Jahr 2023 geworden. Man muss kein Genie sein um zu erkennen, was die eigentlichen Ziele der Israelischen Regierung sind. Blut für Land, das gab es doch immer.

Dem Westen geht es um Bodenschätze

Während die Menschen auf der ganzen Welt von den Bildern der toten Zivilisten und vor allem der toten Kinder, von der humanitäre Katastrophe in Gaza und anderen Gräueln schockiert sind, während die Ereignisse die Gesellschaft spalten und die Menschen zwingen, sich in dem Konflikt für eine Seite zu entscheiden, wird hinter den Kulissen ein 600-Milliarden-Dollar-Jackpot aufgeteilt. So einfach ist Geopolitik. Die Ursache des Gaza Krieges ist nicht die Religion, nicht einmal die Geschichte und auch nicht der Terrorismus. Nichts von dem, was die westlichen Medien berichten, ist wichtig. Die Gründe für den Ausbruch des Konflikts zwischen Palästina und Israel sind Geld und Bodenschätze, die die USA und Großbritannien genau jetzt für den Stellvertreterkrieg gegen Russland brauchen. Denn eines liegt auf der Hand: Die rasche Erschließung der palästinensischen Gasreserven hat vor allem die Aufgabe,

die Wiederinbetriebnahme der Nord-Streams in einigen Jahren, zu verhindern. Man kann natürlich an die Erklärungen der deutschen Medien und Regierungspolitiker (von denen vor allem die Grünen immer gegen Nord Stream waren, aber nicht gegen anderes Gas sind) über Israels „Recht auf Selbstverteidigung“ glauben. Man kann natürlich glauben, dass Israel von dem Angriff der Hamas ganz überrascht war, obwohl das von Beginn an mehr als zweifelhaft war. Oder man kann sich an all die Kriege der USA und des Westens der letzten Jahrzehnte erinnern, bei denen es immer um Bodenschätze (irakisches, libysches, syrisches, etc. Öl und Gas) ging, was die westlichen Medien jedoch nie thematisiert, sondern stattdessen von „Demokratie, Menschenrechten, Freiheit und Wohlstand“ gefaselt haben, die diese Kriege den angeblich unterdrückten Völkern bringen sollten. Das erklärt dann auch, warum die westlichen Medien verschweigen, dass die israelische Armee wahrscheinlich für einen Großteil der israelischen Todesopfer verantwortlich ist, denn die Empörung über die Gräueltaten der Hamas sind der Vorwand, der gebraucht wird, um die ethnische Säuberung in Gaza zu rechtfertigen.

AFD zensiert eigenes Corona-Symposium

AfD schneidet aus dem später veröffentlichten Video Dr. Michael Yeadon raus, weil er das Viren-Narrativ bzw. Sars-Cov-2 und die Übertragung in Frage stellte und vom kommenden digitalen Zentralbankgeld sprach!



Jetzt wissen wir auch, warum es keinen öffentlichen Livestream gab! Warum zensiert die deutsche Opposition den Vortrag von Dr. Michael Yeadon auf dem "2. Corona Symposium"? Das wirft die Frage auf, was für ein Spiel sie spielen. Nach einem zweitägigen Symposium im Deutschen Bundestag /Reichstag hat die "Alternative für Deutschland" den Vortrag des ehemaligen Pfizer VP Respiratory, Dr. Michael Yeadon, gekürzt. Dies folgt auf die Irritation von Beobachtern, dass für das Symposium, das am 12. und 13. November 2023 stattfand, kein Live-Stream zur Verfügung gestellt wurde. Eine Woche später veröffentlichte die Bundestagsfraktion der AfD, deren Arbeitskreis Gesundheit die Konferenz organisiert hatte, die geschnittenen Aufzeichnungen des ersten und zweiten Konferenztages. Der Vortrag von Dr. Yeadon, der um 3:27:55 Uhr vom Vorsitzenden des Arbeitskreises Siechert angekündigt wurde, war jedoch nicht in dieser Dokumentation enthalten. Dr. Yeadon war völlig schockiert, als er erfuhr, dass seine Präsentation herausgeschnitten wurde. Laut ihrem Bericht erklärte die AfD-Abgeordnete Dr. Christina Baum, dass auch sie von der Entscheidung der Fraktionsführung, Yeadon herauszuschneiden, völlig überrascht war, angeblich aus Angst vor einem Streik auf YouTube.

Der Videomitschnitt wurde jedoch auf keinem der zahlreichen anderen AfD-Angebote veröffentlicht. Nicht auf X/Twitter, nicht auf Facebook, nicht auf Telegram. Beobachter vermuten, dass Yeadon eine Linie eingeschlagen haben könnte, die die Parteiführung nicht verstärkt sehen wollte, möglicherweise weil er die Existenz eines Erregers mit epidemischem Potenzial in Frage gestellt hat oder weil er seine Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass ein Massengenozid ein Ziel ist.

Kommentar: „Wie dumm muss man sein, um auf dem Höhepunkt der Wählergunst sich selber so dermaßen blöd abzuschießen? Wer selber immer wieder die Zensur vollkommen zu Recht kritisiert, sollte dann aber nicht gleiches tun egal aus welchem Grund. Wenn Redner eingeladen werden, dann sollte schon klar sein, um was es inhaltlich geht bzw. welche grundlegenden Themen der jeweilige Redner vertritt. Diese Zensur von Dr. Michael Yeadon ist das mit Abstand dümmste was die AfD machen konnte. Vielleicht entlarvt sich hier auch gerade noch rechtzeitig, dass eben doch alle Parteien einer bestimmten Agenda dienen.“ DM



„Statt Migranten abzuschieben: Deutsche über 70 töten“

Es wird immer schlimmer: Mega-Entgleisung in öffentlich-rechtlichem Sender. Im Hauptabend-Programm gab der deutsche Kabarettist Moritz Neumeier (35) seine Meinung zur aktuellen Asylpolitik kund. Wörtlich sagte der Mann mit dem Erscheinungsbild eines Grünen-Politikers: „Wenn man sich darüber aufregen möchte, dass nur eine ganz kleine Gruppe von Menschen die Krankenkassen, die Wartezimmer der Ärzte völlig überdurchschnittlich strapazieren und man etwas dagegen tun möchte, dann musst du nicht mehr Menschen schneller abschieben, sondern Deutsche über 70 – dass du die einfach tötest.“ Das Publikum war gut ausgewählt. Es gab Lacher und auch Applaus für diese Aussage. Wenn auch nur spärlichen. War das Publikum sortiert bzw. handverlesen? Wie es etwa ZDF-Frontmann Markus Lanz mit einer eigenen Firma als Dienstleister anbietet. „Aktuell leben laut Statista 18,4 Millionen Menschen in Deutschland, die über 65 Jahre alt sind. Der 3Sat-Komiker darf also auf offener Bühne im TV empfehlen, mehrere Millionen Menschen zu töten“, schreibt das Portal „exxpress.at“: „Und gleichzeitig sollen offenbar keine illegal zugewanderten Migranten mehr außer Landes gebracht werden.“ Auf „X“ gab es böse Kommentare. Eine Nutzerin schreibt: „Ein ganz primitives, dumm-doof-brutales Bürschchen. Drum merke: „Volkshetze gibt es bei den öffentlich-rechtlichen Medien nicht, das gibt es nur bei kritischen Bürgern. Die Gebühren finanzierten Medien dürfen sich ganz offensichtlich alles rausnehmen.“

Steht eine Zwangshypothek nun unmittelbar bevor?

(Netzfund von Andreas Popp)

Warum stocken Behörden in ganz Deutschland plötzlich ihr Personal für „soziales Entschädigungsrecht“ auf? Überall sind Stellengesuche zu finden ...

Im Dezember 2019 wurde das Lastenausgleichsgesetz, welches u.a. für eine Zwangshypothek der Hauseigentümer nach dem 2. Weltkrieg geschaffen wurde, geändert.

Artikel 21 Änderung des Lastenausgleichsgesetzes	
Artikel 21 ändert m/Wv. 1. Januar 2024 LAG offen	
Das Lastenausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 845; 1995 I S. 248), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 8. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2835) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1.	In § 276 Absatz 1 Satz 3 erster Halbsatz werden die Wörter „Bundesversorgungsgesetz mit Ausnahme der Vorschriften über die Kriegsopferversorge“ durch die Wörter „Fünftes Kapitel oder nach § 143 oder nach § 151 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.
2.	§ 292 wird wie folgt geändert:
a)	In der Überschrift wird das Wort „Kriegsopferversorge“ durch die Wörter „Sozialen Entschädigung“ ersetzt.
b)	Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Für Berechtigte, bei denen trotz Bezugs von Kriegsschadenrente die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, von Sozialhilfe, von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 145 Absatz 1 und 2 Nummer 4 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit § 27a des Bundesversorgungsgesetzes in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung oder von Besonderen Leistungen im Einzelfall nach den Vorschriften des Fünften Kapitels des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch vorliegen, gelten ergänzend die Vorschriften des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, des Zwiölften Buches Sozialgesetzbuch und des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch.“
c)	In Absatz 2 werden die Wörter „oder von Kriegsopferversorge“ durch die Wörter „von fürsorgischen Leistungen nach § 145 Absatz 1 und 2 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung oder von Besonderen Leistungen im Einzelfall nach den Vorschriften des Fünften Kapitels des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.
aa)	In Satz 1 werden im ersten Halbsatz die Wörter „oder nach den Vorschriften über die Kriegsopferversorge“ durch die Wörter „nach dem Fünften Kapitel des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch oder nach § 145 Absatz 1 und 2 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung“ ersetzt.
bb)	In Satz 3 wird das Wort „Kriegsopferversorge“ durch die Wörter „Sozialen Entschädigung nach dem Vierzehnten Buch Sozialgesetzbuch“ ersetzt.
e)	In Absatz 4 werden die Wörter „oder ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften über die Kriegsopferversorge in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung gewährt, kann der jeweils nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch zuständige Träger, der Träger der Sozialhilfe oder der Träger der Kriegsopferversorge“ ersetzt durch die Wörter „ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 145 Absatz 1 und 2 Nummer 4 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit § 27a des Bundesversorgungsgesetzes in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung oder Leistungen zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung gewährt, kann der jeweils zuständige Träger“.

Angriff aufs Volksvermögen

„Und schon wieder erleben wir wie der Staat der eigentlich uns dem Volk dienen soll überhaupt nicht daran denkt. Er verhält sich in jeglicher Weise übergriffig und plant ganz unverhohlen auch noch die letzten Reste des bürgerlichen Wohlstandes sich einzuverleiben. Wozu sonst muss man ein 75 Jahre altes Gesetz 2019 kurz vor dem Plandemie Beginn auf einmal ändern? Sie wussten sehr genau, dass ihr kriminelles vorgehen das Geld der Bevölkerung erforderlich macht. Wir vom Runden Tisch haben hiervor bereits 2021 gewarnt.“

Aber warum? Der damals zutreffende Begriff „Kriegsopferversorge“ wurde geändert. Nun heißt es „Soziale Entschädigung“. Ist unter dieser neuen Begrifflichkeit, die am 01.01.2024 wirksam wird, eine neue Enteignung der Immobilienbesitzer geplant? Gerade aktuell sehen wir die Ampel-Regierung, die dem Verfassungsbruch überführt wurde. Höchststrichterlich durch das Bundesverfassungsgericht. Die Bundesrepublik ist somit zahlungsunfähig. Viele Behörden stocken ihre Mitarbeiter auf! Wir sehen aktuell, dass viele Stellengesuche für Verwaltungsfachangestellte zu finden sind, die auf den Bereich „soziales Entschädigungsrecht“ versiert sind. Stocken die Behörden ihre Enteignungsabteilungen auf? Um es klar zu sagen. Die Wirksamkeitswerdung dieses veränderten Lastenausgleichsgesetzes bedeutet nicht eine automatische Zwangshypothek zum 01. Januar 2024 des neuen Jahres. Leider wird die Frage von den Mainstreammedien nicht gestellt, warum man überhaupt das Gesetz geändert hatte. Außerdem empfinde ich es als verdächtig, dass gerade aktuell mit der Wirksamkeitswerdung des Gesetzes gewissermaßen zeitgleich ein „Staatsbankrott“ durch das BVG erklärt wurde. In Verbindung mit den abenteuerlichen Diskussionen um eine „Notlage“, die die Ampel-Regierung gerade zu gestalten versucht, könnte der Ausweg“ aus der Zahlungsunfähigkeit die Enteignung der Immobilienbesitzer nun anvisiert werden. Die Gesetze sind ja (ganz zufällig zeitgleich) schon vorbereitet.

„Er war eine Lichtgestalt“ – Wirklich?

Wie medialer und politischer Mainstream den Kriegsverbrecher Henry Kissinger in ihren Nachrufen feiern

Im Alter von 100 Jahren ist der ehemalige US-Außenminister und Nationale Sicherheitsberater in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag in seinem Haus in Connecticut gestorben. Bezeichnend bei den mittlerweile veröffentlichten Nachrufen und Stellungnahmen ist die teilweise völlig unkritisch vorgenommene Idealisierung eines Menschen, an dessen Händen das Blut hunderttausender Zivilisten in Asien und Lateinamerika klebt. Quelle: NachDenkSeiten F. Warweg



Dass man es mit dem Grundsatz „De mortuis nihil nisi bene“ (Über die Toten soll man nur gut sprechen) auch übertreiben kann, bezeugt eindrucksvoll die *SPIEGEL*-Redaktion. Diese titelte nach Bekanntwerden des Todes von Henry Kissinger zunächst:

„Er war eine Lichtgestalt der US-Politik.“

Es stellt sich die Frage, wie der verantwortliche *Spiegel*-Redakteur moralisch-ethisch so aufgestellt ist, um in der Lage zu sein, jemanden wie Henry Kissinger als „Lichtgestalt“ zu bezeichnen.

Eine Person, die in ihrer Rolle als US-Außenminister und US-Sicherheitsberater nachweislich verantwortlich war für eklatante Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen in Asien und Lateinamerika, denen Hunderttausende unschuldige Zivilisten zum Opfer fielen. Verwiesen sei beispielhaft auf die vor der Öffentlichkeit und Legislative bis zum Schluss verborgen gehaltene Flächenbombardierung des neutralen Kambodschas ab 1969. Laut aktuellen Zahlen wurden auf Kambodscha innerhalb nur weniger Jahre 230.516 Luftangriffe mit 2,7 Millionen Tonnen Bomben auf 113.716 Orte ausgeführt. Der Befehl für diesen völkerrechtswidrigen Akt erging direkt von Kissinger, bewusst an Kongress und Senat vorbei, an den damals verantwortlichen General der US Airforce, Alexander Haig:

„Er (Nixon) will eine massive Bombenkampagne in Kambodscha. Er will nichts hören. Es ist ein Befehl, er muss ausgeführt werden. Alles, was fliegt, auf alles, was sich bewegt. Haben Sie das verstanden?“

Konservative Schätzungen gehen von 240.000 bis 310.000 Toten durch diese völkerrechts- und auch verfassungswidrigen US-Bombardierungen des neutralen Landes aus.



Kissinger unterstützte ebenso an vorderster Front die gesamte Bandbreite an den von den USA finanzierten und initiierten subversiven Aktivitäten gegen die demokratisch gewählte Allende-Regierung in Chile bis zum blutigen Putsch am 11. September 1973. Im *National Security Archive* einsehbare, freigegebene Akten belegen eindeutig, dass es Kissinger in seiner damaligen Position als Sicherheitsberater von US-Präsident Richard Nixon war, der diesen, gegen dessen anfänglichen Widerstand, dazu drängte, die demokratisch gewählte Regierung Allende zu stürzen. Kissingers Begründung: „Der Modelleffekt“ einer erfolgreichen sozialistischen Regierung in Chile könnte verhänglich sein für viele andere Länder.

Noch Jahre nach dem Putsch lobte Kissinger Putschgeneral Pinochet überschwänglich: „Sie haben dem Westen mit dem Sturz von Allende einen großen Dienst erwiesen.“

Ein Putsch, in dessen Folge mindestens 3.000 politische Gegner brutal gefoltert und ermordet worden waren. Eine nicht minder zentrale Rolle spielte Kissinger nachweislich bei der Etablierung der noch weitaustragenderen Militärdiktatur in Argentinien unter General Videla ab 1976, der nach aktuellem Forschungsstand 30.000 Menschen zum Opfer fielen. Nicht nur gab Kissinger dem Militärregime Carte blanche bei Repression, Folter und Ermordung, sondern beglückwünschte auch noch Jahre später regelmäßig die Militärjunta für „die argentinischen Aktionen zur Ausmerzung des Terrorismus“ und gab zu verstehen, dass sich diese keine Sorge machen müssten in Bezug auf Kritik von der US-Regierung an der Menschenrechtsbilanz des Regimes. Auch die gemeinsam von den damaligen Militärdiktaturen in Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Bolivien und Brasilien durchgeführte „Operation Condor“, dass verschwinden lassen von Hunderten Regimegegnern, indem man diese, oft noch lebendig, gefesselt über dem Atlantik abwarf, wurde von Kissinger aktiv unterstützt. Ebenso ermutigte Kissinger 1975, dies belegen freigegebene Akten des National Security Archive, den indonesischen Diktator Suharto, die sich gerade unabhängig erklärte ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor anzugreifen und zu besetzen.

Im Zuge der von Kissinger politisch unterstützten Invasion kam es zu zahlreichen Hinrichtungen und exzessiver Folter. Insgesamt fielen im Zuge der Besetzung Osttimors 200.000 Menschen den Gewalttaten des indonesischen Militärs zum Opfer. Und was sagt die amtierende bundesdeutsche Chefdiplomatin sowie selbsternannte Vertreterin einer angeblich „wertegeleiteten Außenpolitik“ zu diesem zuvor skizzierten politischen Erbe des ehemaligen US-Außenministers und Sicherheitsberaters?

„Mit Henry Kissinger ist eine Jahrhundertgestalt der internationalen Politik von uns gegangen.“

In den Schatten gestellt wird Baerbocks Eloge allerdings von der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Diese erklärte via der Plattform X:

„Henry Kissingers Strategie und seine herausragenden diplomatischen Fähigkeiten haben die Weltpolitik im 20. Jahrhundert geprägt. Sein Einfluss und sein Vermächtnis werden noch lange nachhallen.“

Die meisten Staaten des Globalen Südens werden diese Elogen von Baerbock und der amtierenden EU-Chefin auf Kissinger wohl eher als Drohung wahrnehmen ... Der idealisierten Einschätzung von *SPIEGEL*, Baerbock, von der Leyen & Co widersprechen auch zahlreiche ehemalige ranghohe Mitarbeiter von Kissinger. Beispielhaft sei auf Roger Morris verwiesen. Dieser diente unter Kissinger im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten und erklärte, noch zu Lebzeiten von Kissinger, um eine Einschätzung zu seinem einstigen Chef gebeten:

„Meine persönliche Meinung: Wenn wir Henry Kissinger nach den gleichen Maßstäben beurteilen, wie wir es mit den anderen Staatschefs und Politikern in anderen Gesellschaften getan haben; z.B. in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg, dann wird er sicher irgendwann als Kriegsverbrecher verurteilt werden.“

Wer sind eigentlich die Illuminaten?

Adam Weishaupt gründete vor über 200 Jahren den Geheimbund der Illuminaten. Seither gelten sie als mysteriöse Weltverschwörer. Adam Weishaupt war zu damaligen Zeiten ein Doktor der Philosophie und Professor der Rechte sowie des Kirchenrechts an der bayerischen Landesuniversität in Ingolstadt. Mit dem damaligen neuen Illuminaten Adolph Freiherr von Knigge, gewannen die Illuminaten Einfluss und zwar in Politik, Kultur und in der Wissenschaft. Die Illuminaten, zu erkennen an dem Symbol auf der Pyramide mit dem sehenden Auge, versammelten sich im bayerischen Ingolstadt um 1776 die ersten Mitglieder des Geheimordens, der ausschließlich nur aus einem Männerbund bestand. von Manuela Ceresa



Weitere geheime Symbole sieht man aktuell beispielsweise bei Lady Gaga anhand von Handzeichen oder auch Tätowierungen. Dies sieht man bei einigen Stars & Sternchen. Auch auf

der Ein-Dollar-Note steht die Handschrift dieses Geheimordens. Die s.g. „Schwedenkiste“ beinhaltet eine lang verschwundene geglaubte Dokumentensammlung, die sich heute im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin befindet. Was genau besagt diese Dokumentensammlung, stellt diese tatsächlich den Beweis dar, dass das Ende der Illuminaten im späten 18. Jahrhundert war?

Man nannte oder nennt die Illuminaten auch die „Erleuchteten“!

Der **Illuminatenorden** (lateinisch *illuminati* ‚die Erleuchteten‘) war eine kurzlebige Geheimgesellschaft mit dem Ziel, durch Aufklärung und sittliche Verbesserung die Herrschaft von Menschen über Menschen überflüssig zu machen. Der Orden wurde am 1. Mai 1776 vom Philosophen und Kirchenrechtler Adam Weishaupt in Ingolstadt gegründet und existierte bis zu seinem Verbot 1784/85 vornehmlich im Kurfürstentum Bayern. Zahlreiche Mythen und Verschwörungstheorien ranken sich um das angebliche Fortbestehen dieser Gesellschaft und ihre angeblichen geheimen Tätigkeiten, darunter die Französische Revolution, der Kampf gegen die katholische Kirche und das Streben nach Weltherrschaft.

Damals gab Karl Theodor, Kurfürst der Pfalz und Bayer bekannt, dass die Illuminaten für die Religion und den Staat höchst gefährlich, ein regelrechter Komplott seien. Sowohl die Freimaurer als auch die Illuminaten stellen die Gottgegebene Ordnung auf den Kopf. 1798 bezichtigten Puritaner, also Anhänger der theologischen Protest- und Reformbewegungen innerhalb der Kirche von England, Thomas Jefferson, ein antichristlicher Illuminat zu sein.



Kalkulierte Katastrophen, geheime sowie versteckte Codes und ein völlig besessener Philosoph, wollten die komplette Menschheit leiten und lenken. Adam Weishaupt Ziel war, eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu erreichen, daher setzte er auf prominente Unterstützung. Dieser Geheimbund rekrutierte in gehobenen Kreisen der Justiz, an Hochschulen, Universitäten und Verwaltung. Auch Johann Wolfgang von Goethe war offizielles Mitglied bei den Illuminaten aber lediglich und angeblich, um den Orden auszuspionieren. Demokratie hatte keinen Platz im Weltgeschehen von Adam Weishaupt, nur die aufgeklärte Elite sollte über die naiven Menschen wachen und in die richtigen Bahnen lenken. Jedes Illuminati Mitglied musste grundsätzlich seine Aktivitäten bei einem Ranghöheren rechtfertigen und durfte niemals über mehr Wissen verfügen, als ihm zugetraut wurde.

An der Tagesordnung gehörten Verrat und Spionage dazu. Soviel zum Thema „herrschaftsfreie Gesellschaft“! Unterschiedliche Meinungen, absurde und chaotische Strukturen, brachten die „Pyramide“ ins Wanken. Adolph Freiherr Knigge, ein damaliger führender Strukturgeber der Illuminaten, fand Weishaupts Kontrollzwang und seine Methoden für unerträglich. Knigge ist

dann aus dem Orden ausgetreten sowie weitere Mitglieder und die bayerischen Behörden wurden auf diesen Orden aufmerksam daher wurden dann 1784 alle Geheimgesellschaften verboten und sogar die Nennung der Illuminaten. Liest man weiter, erfolgen damals, ähnlich wie heute, Hausdurchsuchungen und Festnahmen, Weishaupt verlor sogar seine Professur. Dokumente wurden natürlich auch beschlagnahmt, sodass das Desaster perfekt war. Die Lichter der Erleuchteten gingen endgültig aus und der Orden war nach einiger Zeit erledigt.

Starken Einfluss auf die heutige Popkultur, hatten damals die Playboy Redakteure Robert Shea und Robert Anton Wilson. Die beiden Redakteure griffen aus diversen Leserbriefen die wildesten Verschwörungstheorien auf und bauten diese in ihre Science-Fiction Romane ein (Illuminatus) <https://de.wikipedia.org/wiki/Illuminatus!> Wenn die Illuminaten nicht gerade Monopoly spielen oder Regierungen stürzen, haben die Mitglieder bzw. die Erleuchteten den Auftrag überall ihre geheimen Symbole zu verstecken. Die Pyramide mit ihrem allsehenden Auge, die Eule der Minerva, Dollarnoten, an Gebäuden, in historischen Dokumenten und Daten aber auch und vor allem die ominöse Zahl 23.

Über 71 Millionen Treffer findet man, wenn man bei Google „Illuminati“ eingibt, das ist eine ganze Menge. Der geheime Plan einer globalen Elite, die eine „Neue Weltordnung“ schaffen sollen, mittels des strategischen Einsatzes von Gedankenkontrollen und Attentaten. Einer der Header dieser Webseiten proklamiert, "The Vigilant Citizen" - "Nicht Worte oder Gesetze regieren die Welt, sondern Symbole." Lady Gaga ist ein wunderbares Beispiel dafür. Sie ist aus unserer Sicht ein totales „Opfer“ aber auch eine Marionette der Illuminaten. Man achte gerade bei ihr auf Symbolik, Bühnenshow und Outfit. Und sie ist nicht die einzige, wenn man ein wenig mehr dazu recherchiert. Man könnte auch sagen, dass die Illuminaten, Freimaurer und wie all die Geheimbünde sonst noch nennen versuchen, ein Staat im Staat zu sein, denn genau das stellen wir im 21. Jahrhundert aktuell fest.



Das einfache Volk, die Bürger haben niemals Einblick in das Vorgehen dieser geheimen Gesellschaften. Es gibt diverse Webseiten, wo sich die Illuminaten präsentieren und auf der Suche nach neuen „Opfern“ sind. Sie sind als s.g. Eliteorganisation, die aus Weltführern besteht seitens der Wissenschaft, einflussreichen Menschen, sprich Ministern, Politiker, Innovatoren und Künstler vorstellen. Die Illuminati behaupten Sie würden den Wohlstand der Menschen fördern. Sie bieten s.g. Benefits an, wie Gelder, tolle Autos, eine schicke Villa, hervorragende Positionen usw. und das natürlich zum Wohle jedes einzelnen Menschen. Glaubt das irgendwer? <https://illuminati-am.org/benefits-of-the-circle/>

Die Frage ist, was müssen diese Menschen dafür tun? Schließen denn nicht genau diese Menschen wie beispielsweise Lady Gaga und viele viele andere „Superstars“ einen Pakt mit dem Teufel? Das würde Vieles erklären aber warten wir ab, was noch alles zum Vorschein kommt.

Das Endspiel hat bereits begonnen

Wo stehen wir derzeit und vor allem wo geht die Reise hin?

Fakt ist, wir erleben soeben den Übergang zur „Neuen Weltordnung“ wie auch immer diese Ordnung am Ende aussehen wird.



Die deutsche Wirtschaft ist am Abgrund, Deutschland nur noch eine Karikatur seiner selbst und zwei Drittel vertrauen dem Staat nicht mehr. Die Alt-Medien machen sich in ihrer Rolle als vermeintliches "Wahrheitsministerium" weiter überflüssig, verspielen konsequent das eh schon geringe Rest-Vertrauen und ihr Handeln wirkt immer verzweifelter, da ihnen die Felle in Echtzeit davonschwimmen. Meldungen über unausgereifte Impfstoff-Chargen von Biontech, die für eine gestiegene Todesrate verantwortlich seien oder aber auch über die "Besatzungsmacht" in Deutschland bzw. "Enteignungspläne" der Ampel, sorgen dafür, dass es weiter zunehmend "brodeht" bzw. Deutschland langsam aber sicher "erwacht". Die Fakten führen die Klimahysterie ad absurdum und eine weitere Wissenschaftlerin bekennt, dass der "überwältigende Konsens" über die Krise des Klimawandels "fabriziert" ist. Ansonsten schreibt sich Deutschland krank, die Zahl erreicht neue Rekordwerte und natürlich ist eine Korrelation mit den "Gentoxika" rein zufällig.

In Amerika läuft die Endphase der Devolution, das "Drama" um die Bidens nimmt seinen Lauf, man erkennt auch im deutschen Mainstream eine "bizarre Logik" hinter der Anklagewelle gegen Trump und inzwischen "glauben" zwei Drittel der Amerikaner, dass die Wahl 2020 manipuliert wurde, FBI-Agenten den 6. Januar angezettelt haben und die Bidens eine Verbrecherfamilie sind. Robert Kennedy Jr. teilt bei Tucker Carlson mit, dass "das Pentagon andere Länder für die Erforschung tödlicher Biowaffen nutze, insbesondere die Ukraine." Auch das wenige Tage zuvor ausgestrahlte Interview Tuckers mit dem ehemaligen Polizeichef des Kapitols zeigt einem Millionenpublikum die inszenierten Hintergründe. Das geopolitische Schachspiel wird zusehends zu einer Art Blitzschach und die Ereignisse beschleunigen sich rapide. In den Medien diskutiert man inzwischen über die Ablösung Selenskys und nicht wenige sehen eine unmittelbar bevorstehende "totale Demütigung der NATO", der "tödlichsten Terrororganisation auf Erden".

Das "falsche Feuer" bzw. die "Feuerbombe" auf Hawaii und weitere damit einhergehende Auffälligkeiten legen den Schluss nahe, dass die These mit dem Einsatz von Energiewaffen durchaus naheliegend ist. Auch die Bild-Zeitung fragt sich, wie es sein kann, dass einzelnen Häusern nichts passiert ist. Ein weiterer bemerkenswerter "Zufall" ist, dass der Polizeichef von Maui Einsatzleiter bei der Schießerei in Las Vegas am 1. Oktober 2017 war, die manche als eine der größeren Vertuschungsaktionen in der Geschichte der USA bewerten und in Zusammenhang mit dem "Saudi Purge" bzw. einem Attentatsversuch auf eine der Schlüsselfiguren Mohammad bin Salman zu betrachten sind. Optimal zum besseren Verständnis dieser und der drauffolgenden Ereignisse ist der Klassiker "die Zerschlagung der Kabale von A bis Z".



Die Militärjunta in Niger stellt ihre eigene Regierung vor, besiegelt damit den Zusammenfall des französischen Empires und ausgerechnet "Washingtons Regimewechselexpertin" Victoria Nuland versuchte zu intervenieren und Niger vor einem Bündnis mit Russland zu warnen. Ecuador erlebt eine blutige Epoche vor den Wahlen und weitere Politiker wurden erschossen. In Argentinien wurde ein "Trump-Fan, Klimawandel-Leugner" und "Bitcoin-Befürworter" neuer Präsident.

Ebenfalls für Aufsehen sorgte die Aussage eines vermeintlichen Whistleblowers, der unter Eid im US-Kongress aussagte, dass "wir tote Ufo-Piloten" hätten und das Militär an Alien-Raumschiffen forsche. Insgesamt wird das Thema "Aliens auf der Erde" weiter medial verbreitet und manche rechnen ja schon länger damit, dass dies die letzte Karte sein wird, die gespielt wird. Ebenfalls bemerkenswert ist die Menge an Explosionen bzw. Überschwemmungen an speziellen Orten wie beispielsweise dem Gotthard-Tunnel, in dessen Zusammenhang die "satanische Zeremonie" bei der Eröffnung inzwischen vielen bekannt sein dürfte.

Israel will der Welt tatsächlich weismachen, dass sie trotz massiver Warnungen nichts davon bemerkt haben das Hamas Kämpfer Israel überfallen konnten. Trotz massiver Kriegslügen wie abgeschnittene Babyköpfe sowie weiterer Märchen sind die allermeisten Länder gegen Israel eingestellt die in kürzester Zeit fast 18.000 Palästinenser überwiegend Zivilisten getötet haben. Die meisten Menschen durchschauen das Spiel, dass es den Israelis in Wirklichkeit um das Land geht welches heute noch der Gazastreifen ist. Die Welt und vor allem auch Deutschland befindet sich nicht mehr am Rande des Abgrunds, denn das war gestern. Heute sind wir bereits einen Schritt weiter und das absolute Chaos ist kaum noch aufzuhalten, außer es entsteht doch noch ein Wunder aber wer glaubt schon daran.

Wir müssen diese Regierung loswerden!

Je schneller desto besser.

von Dirk Magnutzki

Ob die politisch gesteuerten Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen Medien aber auch die großen Verlagsgruppen, die bereits seit Jahrzehnten genau das schreiben, was die Regierungen wünschen, wahr haben wollen oder nicht, es gibt diverse Verschwörungstheorien der letzten Jahre, die sich mittlerweile als richtig herausgestellt haben.



Mittlerweile ist auch für den politisch unkritischen Bürger längst spürbar, dass diese völlig ideologisch verblendete Ampelregierung das Land in die dunkelste Zeit der Nachkriegsgeschichte geführt hat. Ideologische Verblendungen, gepaart mit mangelnder Kompetenz, im Einklang mit völliger Ignoranz, lässt keinerlei Einsicht erkennen. Nicht nur die Energiepolitik, sondern nahezu sämtliche in den vergangenen zwei Jahren eingeleiteter politischer Maßnahmen, führen in eine Sackgasse, dies hat die Mehrheit der Bürger längst erkannt, daher lehnen mindestens zweidrittel der Bundesbürger die Ampelregierung ab.

Nancy Faeser kann noch so viel klagen über die Bürger die den Staat delegitimieren und die Schuld bei Querdenkern, Nazis, Antisemiten oder Reichsbürgern suchen. Fakt ist, dass die Inkompetenz dieses nicht einmal mittelmäßigen Politpersonals das Land sehenden Auges in den Abgrund reißt. Nach dem Motto; „*Gestern standen wir noch am Abgrund aber heute sind wir bereits einen Schritt weiter*“, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass genau das das Ziel dieser Regierung zu sein scheint, nämlich das Land vollständig und nachhaltig, wirtschaftlich, moralisch und sozial zu zerstören. Noch nicht einmal die Merkel geführte CDU Regierung hat es geschafft, in so kurzer Zeit eine so desaströse Regierungsbilanz vorzulegen. Nicht nur in den USA, sondern auch im europäischen Ausland, stellt man sich die Frage, ob die Deutschen verliebt sind, in ihrem eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Selbstmord. Sollte diese Regierung, die ganz offenkundig und erkennbar, nicht die Interessen der deutschen Bevölkerung vertritt, noch länger im Amt bleiben, wird der Schaden in jeglicher Weise irreparabel, den sie in diesem Land anrichten. Das Problem ist aber, dass man auch durch eine CDU geführte Regierung oder eine große Koalition, kaum eine spürbare Verbesserung erwarten kann. Dem von Blackrock wieder zurück in die Politik bekommenden Friedrich Merz, traut man indes mindestens genauso wenig zu, wie dem völlig unglaubwürdigen Kanzler Olaf Scholz, den sogar die Medien völlig

unverblümt eine kriminelle Neigung unterstellen. Wie könnte der Ausweg aus diesem Dilemma aussehen? Die Situation in der BRD zeigt so deutlich wie noch nie, dass das Parteiensystem in diesem Land das eigentliche Problem ist. Insofern ist davon auszugehen, dass eine Regierungsbildung durch andere Parteien auf Sicht gesehen, wahrscheinlich selbst bei der AFD, über kurz oder lang immer wieder eine Unterwanderung der Parteien seitens der NGO's stattfinden wird. Solange die Deutschen nicht in freien, unabhängigen Wahlen Personen wählen können, die sich anbieten durch Kompetenz, Charisma und Vertrauenswürdigkeit, wird das Ergebnis auf Sicht gesehen, immer das gleiche sein, denn die Interessen einzelner stehen in diesem Land über den Interessen vieler. Es braucht einen echten „Great Reset“ der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ansonsten wird ein moralisch kaputtes System nur künstlich immer weiter am Leben gehalten, ohne das die eigentlichen Symptome dieser moralischen Verdorbenheit ein für alle Mal geheilt werden.

Welchen Status hat die BRD bei der UN wirklich

Warum gibt es gegen die BRD immer noch die „Feindstaatenklausel“ der UN, warum betrachtet man die BRD auch nach 78 Jahren noch als Feind? Warum steht auf der UN Seite (unten) bei der BRD „Nicht-staatliche Organisation“? Was ist die BRD, wenn nicht ein Staat? Warum steht bei Sprachen als erstes Jiddisch, wieso ist das eine Sprache der BRD und wer spricht sie überhaupt? Fragen über Fragen. Es wird höchste Zeit den Deutschen die Wahrheit zu sagen über ihren tatsächlichen Status und endlich Schluss zu machen mit dem Besatzungsstatut und der Lüge die dem deutschen Volk seit nunmehr 78 Jahren aufgetischt wird.

The image shows two screenshots of the United Nations NGO Branch website. The top screenshot displays the profile for 'Bundesrepublik Deutschland' under the 'Allgemein anzeigen' tab. The 'Organisationstyp' is listed as 'Nicht-staatliche Organisation'. The 'Sprachen' field lists 'Jiddisch', 'Deutsch', and 'Englisch'. The 'Anschrift der Hauptniederlassung' is 'Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin, Deutschland'. The bottom screenshot shows the 'Aktivitäten anzeigen' tab, where 'Öffentliche Verwaltung' is listed as a sector, and 'Finanzierungsstruktur' includes 'Abgaben von Angehörigen der BRD, sogenannte „Steuern“'. Red arrows point to these specific fields in both screenshots.

Wir vermissen besondere Menschen!

Beginnen wir mit der mutigen und aufrichtigen **Dr. Dorothea Thul** von **Manuela Ceresa** Trier, es ist der 12. April 2023, ein SOS-Notruf am Vormittag von Dorothea wurde abgesetzt und plötzlich ist sie weg. Eine völlig durchwühlte Wohnung, eine aufgebrochene Türe! War da jemand ganz bestimmtes auf der Suche nach Beweismitteln, die Dorothea sichergestellt hat? Was wusste sie alles? Etliche Strafanzeigen, Gerichtsprozesse und Hausdurchsuchungen liefen gegen sie, seit einigen Jahren bereits. Herzlich Willkommen im besten Deutschland aller Zeiten! Am Amtsgericht Hermeskeil wurden diverse und unter anderem Strafanzeigen gegen Dr. Dorothea Thul erhoben, aufgrund von angeblichen Beleidigungen im Netz sowie für Äußerungen auf Demonstrationen. Wer sind diese Personen, die Dorothea angeklagt haben? Der ehemalige

Gesundheitsminister Jens Spahn, Malu Dreyer (Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz), Herbert Mertin (Justizminister Rheinland-Pfalz) sowie Roger Lewentz (Innenminister aus Rheinland-Pfalz). Was hat sie nur getan, um von diesen Ministern und Ministerinnen angeklagt zu werden?



Soviel vorab; aus meiner Sicht ist dies ein absoluter Ritterschlag für Dorothea aber da komme ich gleich konkret drauf zurück zu sprechen. Dorothea Thul (Kinderärztin seit 25 Jahren und seit 20 Jahren im Kinderschutz tätig und aktiv sowie Gutachterin, damals für englische Gerichte) ist eine aufrichtige und sehr starke Frau, die konkrete Themen angesprochen hat, die offensichtlich genau „ins Schwarze“ getroffen und für eine Menge Aufruhr gesorgt haben. Denn Dorothea hat diverse Fälle von Kindesmissbrauch und Kinderhandel dokumentiert und ist auch so wie viele andere, eine berechnete Corona Kritikerin. Sie wurde oder soll für Unzurechnungsfähig erklärt (werden) und die Approbation soll oder wurde Ihr auch entzogen (werden). Geht es vielmehr u.a. um die Aussagen in ihrem Video von Dorothea zum Thema Kindesmissbrauch und Kinderhandel in Rheinland-Pfalz? Sie sprach in ihrem Video auch über ein pädophiles Kindernetzwerk und erwähnte auch Namen.

Dorothea arbeitete für die Katholische Kirche in Trier und hat den Kindesmissbrauch mitbekommen. Auch hat sie ihre Dokumentationen an die internationalen Behörden weitergegeben sogar bis in die USA. Zudem kannte sie die Machenschaften in den Kinderheimen und war immer besorgt um den Schutz der Kinder. Fakt ist, seit Jahren (laut diverser Artikel und Frau Dr. Thul selbst) versuchen Politiker und Vertreter die Kinderärztin Dr. Dorothea Thul zum Schweigen zu bringen, noch offensichtlicher geht es wohl kaum und nun sitzt sie seit Monaten deswegen in U-Haft in der JVA Koblenz. Wir vom runden Tisch wünschen Frau Dr. Thul alles erdenklich Gute und das sie ihre Stärke sowie ihren Mut niemals verliert. Gott schütze Frau Dr. Thul! Eine meiner absoluten Heldinnen, danke Frau Dr. Thul, dass Sie sich so stark für die Kinder gemacht und die Wahrheit ans Tageslicht gebracht haben. Es ist mittlerweile offensichtlich, dass der Schutz von Kindern nicht mehr gegeben ist, denn auch etliche andere besorgte Menschen, die sich für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einsetzen und eingesetzt haben, teilen diese Meinung. Am Ende kommt die Wahrheit raus und wegschauen, ignorieren oder so zu tun als gäbe es das alles nicht, ist gegenüber den Kindern nicht nur äußerst feige und gefährdend, sondern auch kriminell. Wer soll all die Kinder schützen, wenn wir Alle es nicht gemeinsam tun? Wir waren einmal alle Kinder, bitte nicht vergessen.

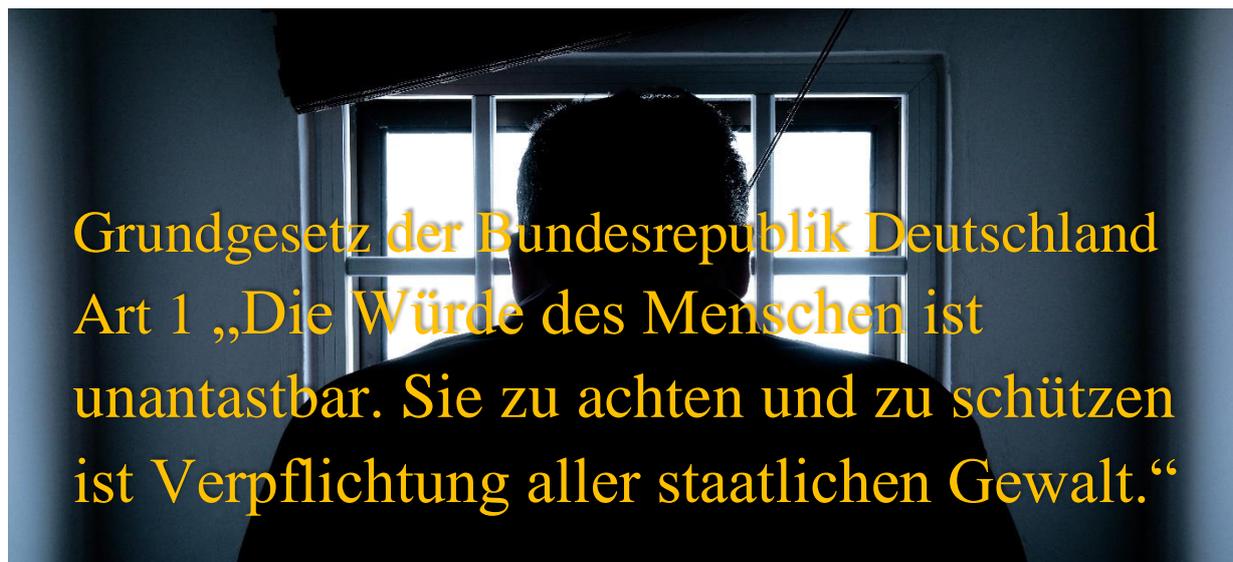
Polizisten die einen ernst nehmen, Aussagen prüfen und tatsächlich für die Menschen da sind und ihren Beruf nachgehen sowie Schutz bieten. Solche Polizisten wünscht man sich Heutzutage noch, gibt es noch welche dieser Art und Klasse? Aus eigenen sowie persönlichen Erfahrungen kann ich diese Frage schnell beantworten; Nein, nicht wirklich, es sind nur ganz wenige, die tatsächlich ihren Eid leisten und dabei noch aufrichtig und ehrlich sind. Aber einen kenne ich und der ein oder andere mit Sicherheit auch. Von wem spreche ich eigentlich? Vielleicht erinnern sich einige, sein letzter Post war am 06. Dezember 2022, also vor genau einem Jahr. Nicht nur seine klaren und ehrlichen Worte habe ich in Erinnerung, all seine extremen Bemühungen um für Klarheit zu sorgen, um Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam gegen all das Böse was wir hinter uns aber auch noch vor uns haben anzugehen, sondern auch seinen absoluten Erkennungswert, nämlich: **Michael Fritsch**, euer Schutzmann mit Herz & Hirn! Und genau das ist und bleibt er auch.



Über 40 Jahre hat Michael als treuer und wahrhaftiger Polizist dem Staat gedient und auch er sitzt seit bald einem Jahr in U-Haft und zwar in der JVA Sehnde. Warum eigentlich? Wegen einem angeblichen Terrorismusverdacht unter Reichsbürgern? Echt jetzt? Diesen Eindruck haben aber ganz viele Menschen nicht, denn Michael hat sich für die Werte der Menschen und vor allem für die Menschlichkeit eingesetzt, hat, dass Böse um uns herum glücklicherweise erkannt und gehört zu den wenigen sehr mutigen Polizisten hier im besten Deutschland aller Zeiten. Michael hatte bei etlichen Demonstrationen das Wort ergriffen, weil er unsere Grundrechte gefährdet sah und damit war er auch nicht alleine. Ich bin immer davon ausgegangen, dass gerade Polizisten ihre Pflicht erkennen, rechtswidrige Handlungen und Fehlverhalten aufzuzeigen, ansonsten würden sich diese auch strafbar machen. Also bis hierher alles richtiggemacht! Ohne rechtliche Grundlage in U-Haft zu sitzen (es gilt grundsätzlich die Unschuldsvermutung) scheint mittlerweile an der Tagesordnung zu sein, denn Michael ist nicht der erste, einzige und mit Sicherheit auch nicht der letzte. Offensichtlich ist es bequemer und einfacher, Menschen, die die Wahrheit aussprechen, mutig und aufrecht sind, einfach wegzusperren. Ist denn den Menschen, die genau das veranlassen nicht bewusst, was sie hiermit anrichten, vor allem aber das sie spätestens, wenn das alles rauskommt, am Ende ihrer Karriere sind? Diese Menschen die das tun, haben keine gute Seele und werden – wie sagt man so schön – wenn die Blase platzt, auffliegen und zur Rechenschaft gezogen. Das ist eine gesicherte Feststellung, denn aus der Vergangenheit wissen wir, dass die Wahrheit am Ende immer siegt, daher wird sich der Wind früher oder später gewaltig drehen und dann müssen tatsächlich sehr viele Menschen zu recht vor Gericht und weggesperrt

werden. So sehe ich das jedenfalls. Michael Fritsch verdient es nicht im Gefängnis zu sitzen, niemand von all den Wahrheitsliebenden Menschen und wir alle müssen dafür sorgen, dass dies nicht mehr passiert. Dass man unschuldige Bürger zu Kriminellen Straftätern, ja sogar Staatsfeinden und Terroristen macht, dies wird am Ende jeden einzelnen, der sich hier aktiv beteiligt, ganz gleich in welcher Position, vor die Füße fallen. Wir wünschen dem lieben Michael alles Liebe, weiterhin viel Kraft, Energie und dass er so schnell wie möglich aus der U-Haft entlassen wird. Wir denken an dich lieber Michael und auch du gehörst zu unseren Helden.

Noch eine persönliche Anmerkung (Meinung) meinerseits: es ist zutiefst erschütternd, dass Menschen, die sich für die Wahrheit einsetzen, egal in welche Richtung, rausgeekelt, finanziell ruiniert, zu Kriminellen gemacht und einfach weggesperrt werden, neben all der Willkür und regelrechter Bedrohungen. Was aber weitaus schlimmer und tragischer ist, ist die Tatsache, dass die Gesetze missachtet werden (diese gelten offensichtlich nur für das Volk) aber scheinbar nicht für die Bediensteten in unserem Land. Das kann man wunderbar an etlichen Gerichtsurteilen, Prozessen und Handlungen sehen. Es ist beschämend wie sich manche Richter, Richterinnen aber auch Staatsanwälte verhalten und ihren eigentlichen Kodex damit brechen, weil sie glauben, dass sie gegen alles immun sind und das einfach so machen können. Natürlich ist es keine leichte Nummer gegen seinen eigenen Arbeitgeber, in diesem Fall „Den Staat“, zu urteilen. Das kostet die Existenz, die Karriere, den Ruf usw. dennoch denke ich persönlich, dass ich mit einem solchen Gewissen (wenn man es überhaupt so nennen kann) und mit all dem Schaden, der dadurch angerichtet wird, indem man unschuldige Menschen rechtswidrig verurteilt, nicht leben kann oder könnte. Sehr beschämend ist das.



Zu den Dienstpflichten eines Richters oder eine Richterin gehören die Pflicht, den Richtereid zu leisten nach §38 DRiG und die Aufgaben der Rechtsprechung wahrzunehmen, allerdings als unparteiisch und neutral. Das sehe ich hier nicht! Grundsätzlich sind diese an Recht und Gesetz gebunden. Nach Artikel 92 GG ist die rechtsprechende Gewalt (nur) den Richtern anvertraut. Es ist an der Zeit, dass die Richter und Richterinnen endlich zur Umkehr kommen und sich an der Wahrheitsfindung aktiv beteiligen und zwar im Sinne der Bürger und Bürgerinnen und nicht in ihrem ganz eigenen, persönlichen Sinne. Urteile auszusprechen, ohne jegliche Rechtsgrundlage gehören untersagt. Wir sitzen alle im gleichen internationalen sozio-politischen Boot, d.b. wir brauchen ehrliche und aufrichtige Richter und Richterinnen, die ihrer Berufung folgen und so unreflektiert ausüben, dass sie die quintessentielle Berufsethik völlig außer Acht lassen, wenn denn dann das monatliche Gehalt stimmt. Gerade die deutsche Justiz sollte es eigentlich am besten wissen, denn wir haben bereits historische Präzedenzfälle. Grundsätzlich immunisiert der s.g. Beamtenstatus nicht gegen die Folgen des Totalitarismus und eine Unterlassung ist strafrechtlich relevant. Bedienstete haben immer und grundsätzlich die Pflicht, die Grundrechte zu schützen. Alle Menschen besitzen in der Regel inhärente Fähigkeiten, Recht von Unrecht zu unterscheiden

und das auch ohne Jurastudium. Der gesunde Menschenverstand sowie die Gesetze reichen vollkommen aus dafür. Von Manuela Ceresa

“Wer das Böse ohne Widerspruch hinnimmt, arbeitet in Wirklichkeit mit ihm zusammen“ Martin Luther King

Das Volk auf Kurs bringen



Sie wollen die BRD abschaffen, belegbare Zitate der „Grünen Partei“

Womöglich wissen die Wähler dieser Partei gar nichts über die Hintergründe dieser "Klima-Partei" und wofür diese Personen eigentlich stehen. Wissen die Wähler tatsächlich das die Grüne Partei Deutschland als Staat abschaffen wollen zu Gunsten ihrer grünen Ideologie?

1. Cigdem Akkaya, Die Grünen, Stellvertretende Direktorin des Zentrums für Türkei:
"Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen."

2. Bause Margarete, Die Grünen (MdL):
"Nur weil jemand vergewaltigt, beraubt oder hoch kriminell ist, ist das kein Grund zur Abschiebung. Wir sollten uns stattdessen sein Annehmen und ihn akzeptieren, wie er ist. Es gibt Menschenrechte."

3. Stefanie von Berg, Die Grünen:
"Es ist gut so, dass wir Deutsche bald in der Minderheit sind."

4. Daniel Cohn-Bendit, Die Grünen:
"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern."

5. Nargess Eskandari-Grünberg, Die Grünen:

„Migration ist in Frankfurt eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.“

6. Joschka Fischer, Die Grünen, ehem. Außenminister und Vizekanzler:

„Deutschland muss von (...) innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“ (Rezension seines Buches „Risiko Deutschland“) „Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiagen.“ „Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“



7. Sieglinde Frieß, Die Grünen, Verdi- Fachbereichsleiterin:

„Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

8. Katrin Göring-Eckardt, Die Grünen:

„Natürlich gehört der Islam zu Deutschland, und natürlich gehören Muslime zu Deutschland. Und ich finde, darüber können wir ganz schön froh sein. Es wäre sehr langweilig, wenn wir nur mit uns zu tun hätten.“ „Die sexuellen Übergriffe in Schorndorf lassen sich zwar keineswegs entschuldigen, aber sie zeigen einen Hilferuf der Flüchtlinge, weil sie zu wenig von deutschen Frauen in ihren Gefühlen respektiert werden.“ „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf.“

9. Robert Habeck, Die Grünen, Wirtschaftsminister und Vizekanzler der BRD:

„Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“

10. Petra Klamm-Rothberger, Die Grünen:

„In der Heimat des Täters werden vergewaltigte Frauen zum Tode verurteilt. Deshalb musste er sie nach der Vergewaltigung töten. Für diese kulturellen Unterschiede müssen wir Verständnis haben.“

11. Renate Künast, Die Grünen:

„Integration fängt damit an, dass Sie als Deutscher mal türkisch lernen!“

12. Aydan Özoguz, Die Grünen, Beauftragte der für Migration, Flüchtlinge und Integration:
„Dass Asylbewerber kriminell werden, auch unter Umständen Raub begehen, das ist einzig und allein die Schuld der Deutschen, weil deren Spendenbereitschaft sehr zu wünschen übrig lässt.“

13. Cem Özdemir, Die Grünen, Landwirtschaftsminister:
"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!"

14. Claudia Roth, Die Grünen:
„Die Vorfälle am Kölner Bahnhof kann man als Hilferuf aller Flüchtlinge werten, weil sie sich von deutschen Frauen sexuell ausgegrenzt fühlen.“ *„Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen.“*

15. Jürgen Trittin, Die Grünen:
„Es geht nicht um Recht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“

16. Arif Ünal, Die Grünen:
Die Abschaffung der Eidesformel „Zum Wohle des deutschen Volkes“ wird im NRW-Landtag einstimmig beschlossen. Ünal war der Antragsteller.

17. Annalena Baerbock, Die Grünen, Außenministerin der BRD:
"Wir stehen mit euch zusammen, so lange, wie ihr uns braucht", dann will ich das auch einhalten - egal, was meine deutschen Wähler denken.“

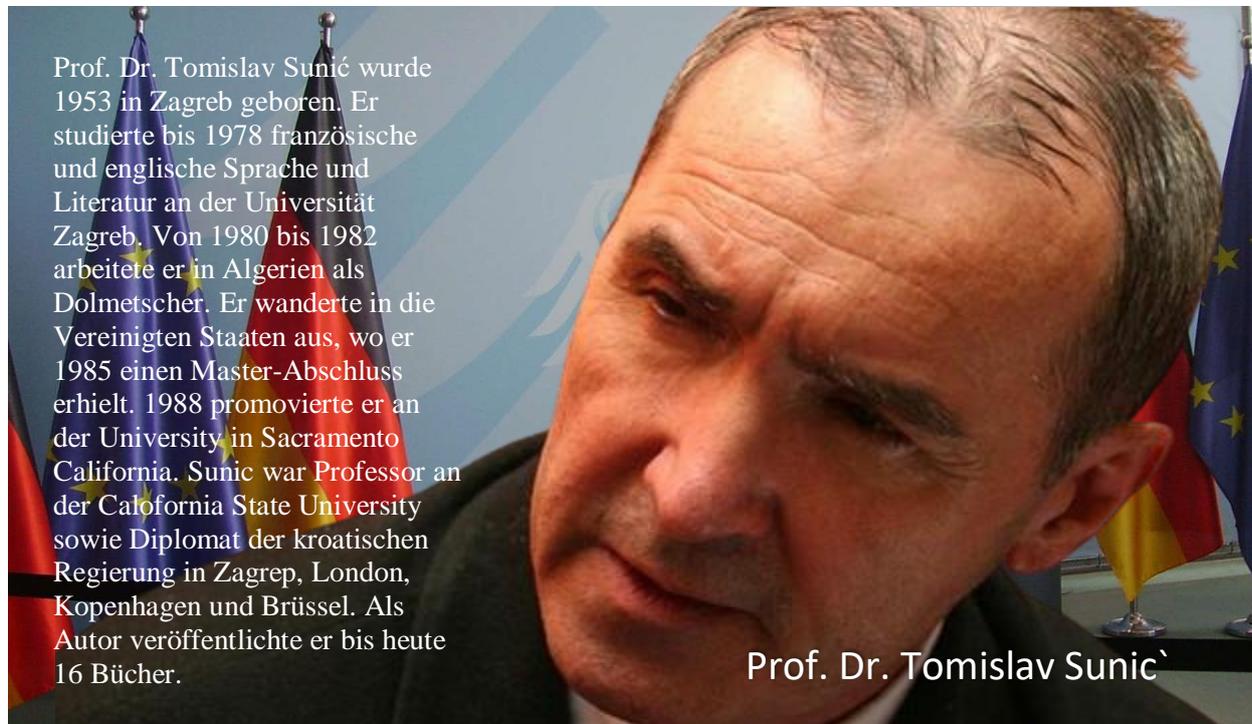
Der kontrollierte Widerstand von Dr. Tomislav Sunić`

Sunić untersucht die komplexe Rolle der deutschen Partei ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) und ihren potenziellen Status als kontrollierte Opposition.



Jedes Mal, wenn eine aufstrebende nationale Partei einige parlamentarische Zugewinne erzielt, geschweige denn in die Korridore der Macht eindringt, gehen ihre Anhänger davon aus, dass dem System das baldige Ende bevorsteht und der Anbruch einer strahlenden nationalen Zukunft angekündigt wird. In den letzten sieben Jahrzehnten hat eine solche Selbsttäuschung die Denkweise zahlloser Wähler nationaler Parteien in den USA und Europa geprägt – was in der Regel zu ihrer ständigen Enttäuschung führte. Von *Marine Le Pens ›Rassemblement National‹* [RN] in Frankreich über die österreichische *›Freiheitliche Partei‹* (FPÖ) und den flämischen *›Vlaams*

Belang bis hin zur kürzlich installierten postpseudofaschistischen italienischen Regierung von *Giorgia Meloni* sowie einigen lauernden lateinamerikanischen ›*Bolsonaros*‹ verfallen solche prominenten Nationalisten früher oder später der Selbstkarikatur. Selbst wenn es ihnen auf wundersame Weise gelingt, an die Pforten der Macht des Systems zu gelangen, werden sie am nächsten Tag fromme Predigten in Systemsprache vortragen.



Prof. Dr. Tomislav Sunic wurde 1953 in Zagreb geboren. Er studierte bis 1978 französische und englische Sprache und Literatur an der Universität Zagreb. Von 1980 bis 1982 arbeitete er in Algerien als Dolmetscher. Er wanderte in die Vereinigten Staaten aus, wo er 1985 einen Master-Abschluss erhielt. 1988 promovierte er an der University in Sacramento California. Sunic war Professor an der California State University sowie Diplomat der kroatischen Regierung in Zagreb, London, Kopenhagen und Brüssel. Als Autor veröffentlichte er bis heute 16 Bücher.

Prof. Dr. Tomislav Sunic`

Der Grund für diesen Umschwung ist verständlich. Parlamentarische oder präsidentiale Vergünstigungen sind mächtig; der liberale Glanz und Glamour entwaffnet selbst den gläubigsten Nationalisten im Nu. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass das System seit 1945 Unmengen von Geld in die Errichtung von Brandmauern und einer Vielzahl von Absperrungen investiert hat, um zu verhindern, dass eine aufstrebende nationale Partei die liberale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg ins Wanken bringt.

Ein Beispiel dafür ist die national-konservative Partei ›Alternative für Deutschland‹ (AfD), die in den letzten zehn Jahren und insbesondere in den letzten Monaten zu einem wichtigen Anwärter auf die Macht in mehreren Bundesländern aufgestiegen ist. Die regierende linke Ampel-Koalition sowie alle EU-Mitgliedsstaaten versuchen nicht länger, ihre Angst vor einer Ansteckung durch die AfD vor der eigenen Haustür zu verbergen. Daher greifen die systemkonformen Medien auf die Dämonisierung der AfD zurück, indem sie sie mit Epitheta aus ihrem reichhaltigen Arsenal an faschistischen Etiketten schmücken. Deutschland ist nicht nur die Finanzlokomotive der EU und ihr wirtschaftliches Kraftzentrum, sondern dient auch als wichtigste militärische und geheimdienstliche Drehscheibe der USA für das gesamte eurasische Kernland. Das System und seine Prokonsuln in Europa, einschließlich ihrer willfährigen Medien, die sich von Washington über Berlin bis nach Tel Aviv erstrecken, sind über die mutmaßliche Absicht der AfD, einen eigenen Weg für Deutschland zu ebnet, in heller Aufregung.

Innenpolitisch steht die AfD außereuropäischen Migranten kritisch gegenüber und setzt sich offensiv für deren Rückführung in deren Herkunftsländer ein. Außenpolitisch zeigt sie sich zurückhaltend gegenüber den offiziellen Sanktionen Deutschlands gegen Russland, und sie wird auch zu einem ausgesprochenen Kritiker der deutschen Militärhilfe für die Ukraine. Schon vor dem Konflikt in der Ukraine hatte sie sich in den Medien den Spitznamen *“Kreml-Partei”* verdient. Angesichts des katastrophalen gegenseitigen Aderlasses zwischen Russen und

Deutschen im zwanzigsten Jahrhundert ist der *“pro-Putin”*-Versöhnungsschritt der AfD kaum überraschend. Der Erfolg der AfD bei den Wahlen im Oktober 2023 in Hessen und im größten und reichsten Bundesland Bayern ist ein weiterer Beweis für ihre wachsende Popularität. In Hessen erreichte sie 18,4 Prozent der Wählerstimmen, in Bayern 14,6 Prozent, was 28 bzw. 32 Sitzen entspricht. Der kometenhafte Aufstieg der AfD ist ein Schock für die herrschende *“Ampel”*, aber auch für den deutschen *“Auslandsaufseher”* in Washington. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Frage der wilden außereuropäischen Migration die Hauptursache für den spektakulären Aufstieg der AfD ist, auch wenn man nicht davon ausgehen kann, dass sie der einzige Faktor ist. Die meisten Wähler der AfD haben die Nase voll von der Inkompetenz der regierenden Ampel-Koalition, die es nicht geschafft hat, die steigenden Energiekosten oder die schrumpfenden Rentenkassen der alternden Bevölkerung zu stoppen. Das ist der Grund, warum alle einen Wechsel wollen.

Das Programm der AfD ist eine aktualisierte Kopie wofür die CSU/CDU einst standen

Der jüngste Wahlerfolg der AfD auch in den alten Bundesländern beweist nur, dass ihr Erfolg nicht mehr auf ihre traditionellen Hochburgen im ehemals sowjetisch regierten kommunistischen Mitteldeutschland, wie Thüringen, beschränkt ist. Wenn die AfD nicht kurz vor den EU-Wahlen im nächsten Jahr verboten oder geächtet wird – was nicht auszuschließen ist –, wird sie ihre 78 Sitze im Bundestag bis 2024-25 wahrscheinlich verdoppeln. Bei näherer Betrachtung sehen die Mitglieder der AfD überhaupt nicht wie die viel Gescholtenen *“Rechtsradikalen”* aus, die eine Revolution befürworten oder die deutsche Verfassungsordnung bedrohen, wie es in den *Mainstream-Medien* oft suggeriert wird. *Ihr Gesamtprogramm ist im Grunde nur eine aktualisierte Kopie dessen, wofür die immer noch starken deutschen Christdemokraten (CSU, CDU) einst standen.* Und während die AfD die Lücke der versteinerten *“konservativen”* CDU und CSU füllt, sind letztere kaum noch von der regierenden linken Ampelkoalition zu unterscheiden.



Das ist nichts Neues in der jahrhundertelangen Scharade, die unter dem schönen Namen *“liberale parlamentarische Demokratie”* bekannt ist. Man fühlt sich an den prominenten antiliberalen Wissenschaftler *Robert Michels* und seine klassische Darstellung der inhärenten Korruption des parlamentarischen Mehrparteiensystems erinnert. Treffender und weniger wissenschaftlich ist der ehemalige Bestseller des verstorbenen François-Bernard Huyghe, der vor drei Jahrzehnten veröffentlicht wurde. In seinem halbsatirischen Werk deckt er die vorgetäuschte Feindschaft

zwischen der parlamentarischen ›Linken‹ und der ›Rechten‹ auf. So erklärt der Christdemokrat: *“Madame la Marquise, Ihr hübscher Hintern gefällt mir.”* Darauf antwortet der linke Sozialdemokrat mit demselben Satz, allerdings in umgekehrter Syntax: *“Ihr hübscher Hintern gefällt mir, Madame la Marquise.”* Je mehr sich die Dinge im liberalen System ändern, desto mehr müssen sie gleichbleiben – wie man in den wichtigen Swing States während der mysteriösen Stimmauszählung nach der US-Wahl im November 2020 sehen konnte.

Ebenso muss die AfD, wenn sie im hochtechnisierten Überwachungsstaat Deutschland überleben will, den Kanons des Systems folgen. In der politischen Landschaft Deutschlands bedeutet dies, dass sie sich strikt an die offizielle Selbstzensur halten und darüber hinaus rituelle Pilgerfahrten nach Israel unternehmen muss. Eine wichtige Figur in der AfD, der Oldtimer und jetzige AfD-Ehrevorsitzende *Alexander Gauland*, bekräftigte kurz nach dem Hamas-Anschlag am 7. Oktober und der anschließenden israelischen Bombardierung des Gazastreifens: *“Wenn wir an der Seite Israels stehen, verteidigen wir auch unsere Lebensart“*. Sein neuerlicher Rückzieher in die jüdische Umlaufbahn wird ihn in den Augen der Juden kaum entlasten, wenn man seine früheren Worte zur nationalsozialistischen Vergangenheit bedenkt. Vor einigen Jahren sagte er, dass *“die Nazis nur ein Fliegenschiss in der ansonsten erfolgreichen Geschichte Deutschlands waren“*.

Die neuen Kleider der Kaiserin

Was Medjugorje, Fatima oder Lourdes für die katholischen Gläubigen sind, das ist Yad Vashem für die westliche politische Klasse und insbesondere für die deutschen Präsidentschaftskandidaten ein obligatorischer Wallfahrtsort. Ungeachtet des Umfangs und der Anzahl der deutschen philosemitischen Kniebeugungen zögert der ›Zentralrat der Juden‹ in Deutschland, sich den Avancen der AfD anzuschließen. Nach dem Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf einen israelischen Kibbuz in der Nähe des Gazastreifens erklärten die israelische Regierung und ihr Sprachrohr in Deutschland die AfD zu einer Partei, *“die Rechtsextremisten und antijüdischem Gedankengut eine politische Heimat bietet und die versucht, die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands zu verharmlosen“*.

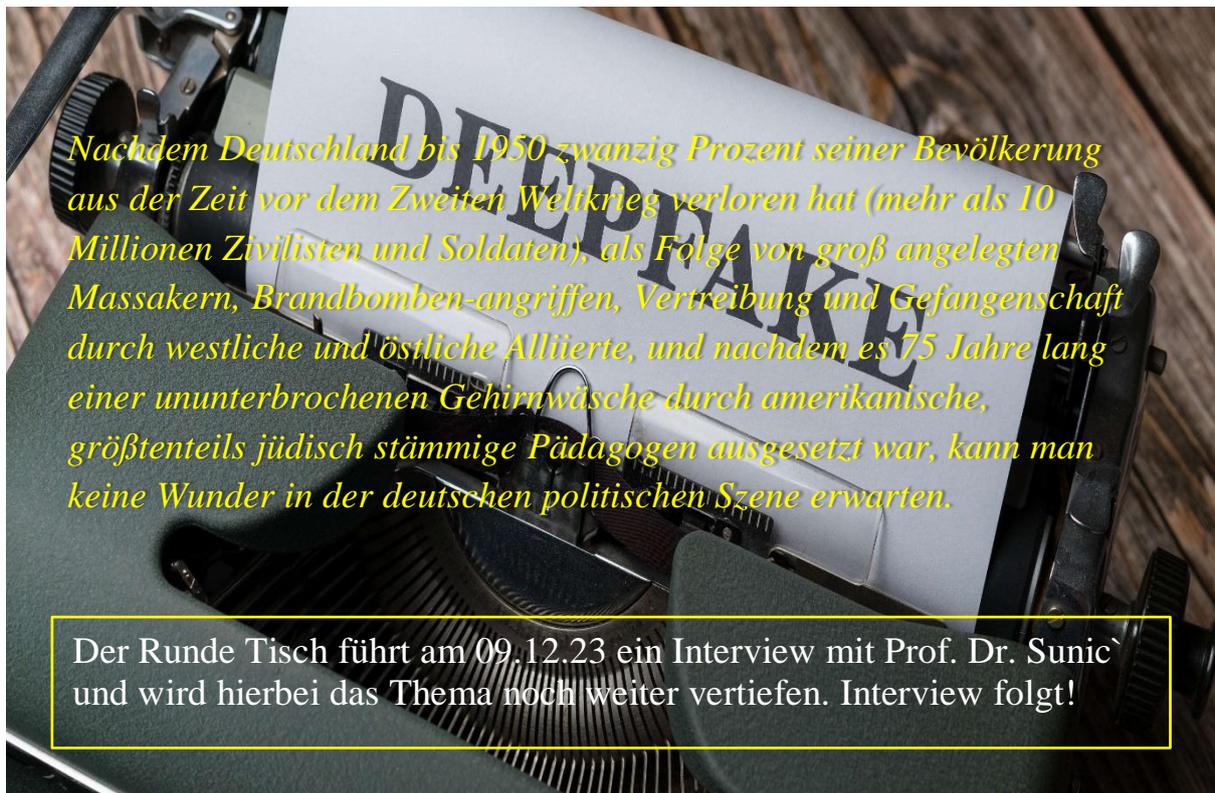


Um am Leben zu bleiben, muss die AfD also ständig beweisen, dass sie die Regeln des Systems befolgt. Eine der mächtigsten Figuren in der AfD, die Vorsitzende **Alice Weidel*, hat diese körpersprachliche Mimikry gut gelernt; sie kleidet sich in die neuen Kleider der Kaiserin, um potenzielle Gegner fernzuhalten. Als hochgewachsene, attraktive und wortgewandte Frau mit nordischem Phänotyp ist Weidel das perfekte moderne konservative Modell, das perfekt zum Bild einer traditionellen deutschen Frau passt, wie man es auf den Gemälden von Sepp Hilz oder den Skulpturen von Arno Breker sehen kann. Mit ihrer sorgfältig aufgetragenen Wimperntusche und ihrer dunkel-pastelligen Kleidung projiziert sie sich selbst als Vorbild für weiße, urbane deutsche

Mittelklassefrauen. Ihr ›Game Change‹ wird nicht nur auf einer konservativen Frequenz, sondern auf allen politischen Wellenlängen und für alle Lebensstile ausgestrahlt.

Als selbsterklärte lesbische Frau, die mit einer Filmemacherin aus Sri Lanka zusammenlebt, hat sie es geschafft, sich dreifach gegen potenzielle Bedrohungen durch mächtige deutsche Antifas, LGBTQ, Großmäuler und diverse multikulturell-bunte Tugendwächter abzuschirmen. Mit ihrer gemessenen, telegenen Diktion posiert sie weder wie eine Westküsten-›Dragqueen‹, noch wie eine Berliner Kampflesbe auf einem Fahrrad. Trotz ihres unorthodoxen sexuellen Lebensstils versteht sie es, ihre konservative Physiognomie zu vermarkten, indem sie nach außen hin Zeichen traditioneller ‐Frömmigkeit‐ zur Schau stellt. Wie das bei ihrer weiblichen Wählerschaft ankommt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Die interessanteste und faszinierendste Figur in der AfD ist Björn Höcke und seine Fraktion ‐Der Flügel‐, die sich großer Beliebtheit erfreut, insbesondere bei gebildeten Hardcore-Deutschnationalisten und vor allem bei jungen Anhängern der inzwischen aufgelösten NPD. Natürlich wird Höcke auf Schritt und Tritt von den deutschen Spitzeln, euphemistisch ‐Verfassungsschutz‐ genannt, beobachtet. Um die AfD zu verstehen, muss man zuallererst die deutsche Hochkultur und ihre komplizierte und verschlungene Geschichte verstehen.



Die Geschichte ist jedoch immer offen, und angesichts der schweren neuen Erschütterungen, die sich jetzt in Europa und im Nahen Osten ereignen, könnte es einige Veränderungen geben, nicht nur in Deutschland, sondern auch im gesamten Westen. Es sei denn, man akzeptiert, aber glaubt auch an die geheimnisvollen, vieldeutigen, letzten Worte des deutschen Philosophen *Martin Heidegger*: ‐Nur noch ein Gott kann uns retten.‐



Hans-Jürgen Papier

*06.07.1943

ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichts
Interview Berliner Zeitung 13.09.2021

„Nach dem Grundgesetz können die Grundrechte auch in einer Notstandssituation nicht außer Kraft gesetzt werden. Die Rechtslage unter dem Grundgesetz unterscheidet sich ganz grundlegend von der Weimarer Verfassung. Dort konnte der Reichspräsident gemäß Artikel 48 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit die Grundrechte vorübergehend außer Kraft setzen. In unserer Verfassung, im Grundgesetz, ist das bewusst nicht so geregelt worden.

Es gilt immer der Grundsatz: In dubio pro liberate.“

Der ehemals höchste Richter des Landes rechnet mit der Asyl-politik der Bundesregierung ab!

Hans-Jürgen Papier (80), oberster Verfassungsrichter a.D., wirft der Ampel vor, rechtliche Mittel zur Zurückweisung von Migranten nicht zu nutzen! Die Berechtigung dafür existiere – nur der politische Wille fehle, sagt er in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“. Papier hatte bereits 2019 in seinem Buch „Die Warnung“ geurteilt, dass die Flüchtlingskrise aus rechtlicher Sicht „eine Bankrotterklärung des Rechtsstaats“ gewesen sei. „Den Satz könnte ich auch heute wieder so publizieren“, sagt Papier im Interview. Es hätte sich leider nahezu nichts geändert.“

„Wir haben einen Kanzler, der die Öffentlichkeit nachweislich belogen hat“

Warum hat es den Kalendereintrag nie gegeben? von: Reitschuster.de

Denn die angeblichen Erinnerungslücken, auf die sich Scholz bisher stets berufen hat, nimmt ihm kaum noch jemand ab. Zu oft und zu tief hat sich der Kanzler immer wieder in Widersprüche verwickelt. Es ist wohl einzig und allein einer sehr wohlgesonnenen Medienlandschaft zu verdanken, dass der Sozialdemokrat bisher damit durchkam. Fast schon entlarvend wirkt es da, dass dieselben Journalisten in Schnappatmung verfielen, als Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger in einem anderen Zusammenhang unlängst angab, dass ihm Details zu Vorgängen, die sich vor 35 Jahren an einem Gymnasium in Bayern ereignet haben sollen, nicht mehr erinnerlich“ seien. Eine Anfrage der Linken im Bundestag sowie eine von Fabio De Masi wegen des Verdachts der Falschaussage gestellte Strafanzeige könnte jetzt aber neue Bewegung in die Affäre um mutmaßlich hinterzogene Steuern in dreistelliger Millionenhöhe bringen. Warburg-Boss Christian Olearius wird deswegen in Bonn aktuell bereits der Prozess gemacht und auch für Olaf Scholz scheint die Luft immer dünner zu werden.

Christian Leye ist sich inzwischen sicher:

„Wir haben einen Bundeskanzler, der die Öffentlichkeit nachweislich belogen hat.“

Doch wie kommt der wirtschaftspolitische Sprecher der Linken-Fraktion in Hamburg zu dieser Einschätzung? „Zu den Aufgaben eines Ersten Bürgermeisters gehört es, mit den Wirtschaftsvertretern der Stadt im regelmäßigen Austausch zu stehen. So hat es auch ein Treffen von Olaf Scholz mit Herrn Olearius im November 2017 im Amtszimmer des Bürgermeisters gegeben, wie aus dem Kalender des Ersten Bürgermeisters hervorgeht, der der Senatskanzlei vorliegen müsste. Wieso dies bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage nicht berücksichtigt

worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis.“ Im Spätjahr 2017 war Olaf Scholz noch Erster Bürgermeister in Hamburg. Treffen mit Olearius hatte Scholz immer bestritten bzw. sich auf Erinnerungslücken berufen und diese erst eingeräumt, als ein Leugnen nicht mehr möglich war. Aber: Den hier behaupteten Kalendereintrag für dieses Treffen am 10. November 2017 hat es offenbar nie gegeben. Und selbst für den Fall, dass es ihn gegeben hätte, so hätte er der Senatsverwaltung spätestens ab März 2018 nicht mehr vorliegen können, nachdem Olaf Scholz ins Bundesfinanzministerium gewechselt war.



Warum hat es den Kalendereintrag nie gegeben? Der „Stern“ zitierte im April 2021 aus einer Mail, die Scholz‘ Büroleiterin im Zusammenhang mit einer Befragung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Causa „Warburg“ geschrieben hatte: „Zu diesem Termin finden sich keine Einträge im Ministerkalender des Bundesministers der Finanzen.“ Und weiter: „Ich habe noch nie einen Termin mit Olearius von November 2017 im Kalender gesehen.“ Warum konnte die Senatsverwaltung nichts von diesem Eintrag wissen, selbst wenn es ihn gegeben hätte? Hier kommen wieder Fabio De Masi und die jüngste Anfrage der Linken-Fraktion vom August 2023 zum Cum-Ex-Skandal ins Spiel, die dem Portal „T-Online“ eigenen Angaben.

Die brisante Schlussfolgerung: Einen Kalendereintrag zum Treffen zwischen Scholz und Olearius am 10. November 2017 im Amtszimmer des Ersten Bürgermeisters von Hamburg hat es offenbar nie gegeben. Wie konnte dieses von Scholz-Sprecher Steffen Hebestreit in einer Mitteilung im Februar 2020 dann bestätigt werden, wo der Kanzler im Untersuchungsausschuss doch stets erklärt hatte, sich an nichts mehr erinnern zu können? Für Fabio De Masi gibt es dafür nur eine plausible Erklärung: „Kanzler Scholz lügt über Erinnerungslücken und erfindet einen Kalendereintrag.“ Das vermeintlich schwächelnde Kurzzeit-Gedächtnis des Kanzlers sieht De Masi jedenfalls widerlegt, „denn ich kann einen Termin nur dann ohne Aufzeichnung bestätigen, wenn ich mich erinnere“.

Folgt man dieser Darlegung, so hat Olaf Scholz vor dem Untersuchungsausschuss eine Falschaussage getätigt, weshalb De Masi Strafanzeige erstattet hat. Viel mehr als eine Symbolwirkung erhofft sich der Kläger davon aber nicht: „Die Hamburger Staatsanwaltschaft, die der grünen Justizsenatorin untersteht, hat sich in der Warburg-Affäre im Unterschied zu den Kölner Cum-Ex-Staatsanwälten bisher immer gegen Ermittlungen gestemmt.“

NRW-Justizminister verstrickt sich in Widersprüche

Brückenschlag in die Domstadt: Dort führt im Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Skandal kein Weg an Anne Brorhilker vorbei. Die Oberstaatsanwältin der Kölner Hauptabteilung H zeichnete für die Durchsuchungen bei der Warburg Bank im Jahr 2016 verantwortlich, die den Stein erst richtig ins Rollen gebracht hatten. Damit hat sich die Frau offenbar viele Feinde geschaffen, nicht zuletzt im Justizministerium in Düsseldorf. Dort hat Benjamin Limbach (Grüne) das Sagen und vor dem Rechtsausschuss des Landtags rügte der Justizminister die Staatsanwaltschaft in Köln dafür, die Weiterleitung von Ermittlungsakten, die von den Kollegen in Hamburg angefordert worden waren, verschleppt zu haben.

Der Minister war in Erklärungsnot geraten, nachdem Hamburg im Juni 2023 damit gedroht hatte, ihn zu verklagen, falls die Akten nicht zeitnah den Weg in die Hansestadt fänden. Laut der Darstellung Limbachs habe er deshalb am 4. Juli einen Sonderbeauftragten seines Hauses nach Köln entsenden müssen, um der dortigen Cum-Ex-Staatsanwaltschaft Druck zu machen. Die Aussagen des Ministers seien in dem Schreiben „detailliert widerlegt“ worden, wie es weiterheißt. Selbst der von Düsseldorf entsandte „Sonderbeauftragte“ Marc Sotelsek musste inzwischen einräumen, dass man im Besitz aller Akten sei – jedoch verteilt auf zwei Datenträger. Man benötige das Material aber auf einem „einheitlichen Datenträger“, da man dem Untersuchungsausschuss in Hamburg nicht mehrere übergeben könne. Das Verständnis für derartige Schlaumeiereien hält sich in der Hansestadt in überschaubaren Grenzen, jedenfalls beim dort zuständigen CDU-Obmann Richard Seelmaecker: „Bisher hat die Zusammenarbeit mit dem NRW-Justizministerium schlecht funktioniert. Ich hoffe, dass sich dies bald ändert.“

Olaf Scholz Skandale - Wirecard, Cum-Ex es geht immer noch krimineller

von: D. Magnutzki

Umstrittener Brechmitteleinsatz in Hamburg

Als Erster Bürgermeister Hamburgs hat er ein Gesetz verabschiedet, das ihn bis heute immer wieder in Erklärungsnot bringt: Um Beweismittel sichern zu können, hat er seinerzeit den Einsatz von Brechmitteln bei Drogendealern, die mutmaßlich Drogen verschluckt haben, erlaubt. Oder viel mehr gefordert. Noch im selben Jahr starb ein 19-jähriger Mann aus Kamerun bei der Maßnahme. Daraufhin wurde die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln in Hamburg wieder abgeschafft. Im Jahr 2006 landete der Fall dann vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser entschied, dass die Maßnahme menschenrechtswidrig sei.



Ausschreitungen und Gewalt bei G20-Gipfel 2017 in Hamburg

Ausschreitungen beim G20-Gipfel im Jahr 2017 in Hamburg. Scholz hat mit der Austragung des internationalen Events weltweit Bekanntheit erlangt – und das nicht im positiven Sinne. Denn trotz Warnungen von Geheimdiensten und Sicherheitsexperten soll Scholz als Erster Bürgermeister das Treffen mit mangelhaftem Sicherheitskonzept durchgewinkt haben. Das Ergebnis waren brennende Autos, Gewalt und Verletzte – eine Stadt versank im Chaos.

Cum-Ex-Geschäfte: Olaf Scholz und die Warburg Bank

Dieser Skandal birgt sogar fast Krimi-Potenzial: Die Hamburger Traditionsbank M.M. Warburg verschafft sich jahrelang Steuervorteile mit dubiosen Aktiendeals – sogenannten Cum-Ex-Geschäften. Als das Finanzamt im Jahr 2016 entdeckt, dass das nicht mit rechten Dingen zugeht, fordert sie das Geld von der Bank zurück. Die Rekord-Forderung umfasst alleine 47 Millionen Euro aus dem Jahr 2009. Dass wollen die Eigner der Bank nicht einfach so hinnehmen, vereinbaren ein Treffen Olaf Scholz der fällt die Entscheidung, das Geld muss doch nicht zurückgezahlt werden. Mittlerweile hat der Bundesgerichtshof dafür gesorgt, dass die Warburg Bank das Geld zurückzahlen musste. Es besteht der Vorwurf, Scholz habe enge Verbindungen zu den Eignern der Warburg Bank unterhalten und deshalb die Entscheidung der Finanzbehörde zu ihren Gunsten beeinflusst. Scholz behauptet seither ständig er könne sich an nichts erinnern noch nicht einmal an zahlreiche persönliche Termine mit dem Vorstand der Bank.

Wirecard-Skandal: Scholz hat die politische Verantwortung

Im Sommer 2020, als die Coronavirus-Pandemie in Deutschland angekommen ist, kommt der wohl größte Bilanzbetrug der deutschen Nachkriegsgeschichte ans Licht – und Scholz ist als damaliger Bundesfinanzminister mitten drin. Bei der Finanzprüfung des Zahlungsanbieters Wirecard fällt auf, dass 1,9 Milliarden Euro, die eigentlich auf Treuhandkonten sein sollten, scheinbar gar nicht existieren. Als das rauskommt, ist der Betrugsverdacht schnell ausgesprochen, Vorstandschef Markus Braun tritt zurück und Beteiligte tauchen unter. Und auch, wenn Olaf Scholz nicht direkt an dem Milliardenbetrug beteiligt war, wird ihm heute vor allem von Union und Opposition vorgeworfen, wissentlich weggesehen zu haben. Als damaliger Bundesfinanzminister hätte er die Widersprüche in der Buchführung des Dax-Unternehmens früher entdecken müssen, heißt es.



Hausdurchsuchung von Scholz geführtes Finanzministerium

Die Staatsanwaltschaft Osnabrück hat eine Durchsuchung des von Olaf Scholz geleiteten Finanzministerium am 09.09.21 durchgeführt. Eine Staatsanwältin und ein Staatsanwalt wurden in Scholz Finanzministerium und auch im Justizministerium vorstellig, begleitet von Polizisten in Zivil. Es ging um acht Geldwäscheverdachtsmeldungen bei drei Banken. Einem der Finanzinstitute waren seltsame Transaktionen nach Afrika mit einem Volumen von 1,7 Millionen Euro aufgefallen, die Bank vermutete, dass Waffen- und Drogenhandel sowie Terrorismusfinanzierung der Hintergrund seien. Sie meldete die Zahlungen der Antigeldwäsche-Einheit FIU, der Financial Intelligence Unit, angesiedelt beim Zoll im Bundesfinanzministerium. Es wurde u.a. ermittelt wegen des Verdachts auf Strafvereitelung im Amt. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft soll das von Scholz geführte Ministerium rechtswidrig gehandelt haben.

Verfassungswidriger Haushalt durch kriminelle Buchungstricks

Die nachträgliche Änderung des Bundeshaushaltes 2021 war verfassungswidrig. Die von Olaf Scholz geführte Bundesregierung hatte den Haushalt für 2021 nachträglich um 60 Milliarden Euro aufgestockt, zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Letztlich wurde das Geld dafür aber nicht gebraucht. Die Bundesregierung schichtete das Geld daher um, um es in den Klimaschutz zu investieren. Es handelt sich hierbei um eine Art „Haushaltsbetrug“ denn Gelder können nicht einfach mal so eben umgeschichtet werden wie es gerade beliebt. Die BRD nimmt für das laufende Jahr nach eigenen Angaben 72,2 Milliarden Euro neue Schulden auf und begründet dies mit einer zweifelhaften Notlage, die sich aus dem Ukrainekrieg und der Ahrtalflut von vor 30 Monaten ergebe. Doch in Wirklichkeit liegt die Neuverschuldung noch viel höher, wie der Rechnungshof jetzt ermittelte. Das Ganze ist und bleibt unseriös und Verfassungswidrig.



Auch Ehefrau von Scholz, Britta Ernst mischt kräftig mit

Ein weiterer Finanzskandal aus dem Hause Scholz belastet auch die ehemalige Landesministerin für Bildung, Jugend und Sport, Britta Ernst. Die Ehefrau von Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) war im Februar ohne Angabe von konkreten Gründen überraschend von ihrem Amt zurückgetreten. Jetzt kommt heraus: Das Ministerium der 62jährigen zahlte dem LSB mindestens eine Million Euro zu viel Fördergeld für das „Haus des Sports“ aus. Brandenburgs Rechnungshof hat den Finanzskandal, der noch viel weitere Kreise zieht, jetzt enthüllt. Der Bericht geht auch an die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Das Ernst-Ministerium stoppte die Überbezahlungen nicht und habe auch nicht zur Aufklärung der Verstöße beigetragen. Die LSB-Anwälte drohten den Beamten sogar mit Schadenersatz-Klagen. Nachdem der Rechnungshof die Staatsanwaltschaft einschaltete, könnte das auch Folgen für die Frau des Bundeskanzlers Olaf Scholz haben.

Fazit: Man muss kein Richter oder Psychologe sein, um zu erkennen, dass der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz ganz offensichtlich eine erhebliche kriminelle Neigung besitzt. Es ist schon Rätselhaft und höchst mysteriös wie jemand mit dieser Vergangenheit überhaupt Bundeskanzler geschweige denn überhaupt ein öffentliches Amt jemals bekleiden konnte. Welche mächtigen Strippenzieher halten hier ganz offensichtlich ihre schützenden Hände über Scholz? Klar wird bei der Betrachtung der Vielzahl und Schwere seiner Vergehen das er kaum noch unabhängige Entscheidungen im Interesse der BRD treffen kann bei einem so offenkundigen Bestechungspotential. Es verwundert daher auch nicht mehr das Scholz bei der offenen Ankündigung des ebenso kriminellen US Präsidenten Jo Biden, die Deutsche Gasversorgung Nord Stream sprengen zu wollen nur ein müdes grinsen vorlaufenden Kameras dafür übrighatte. Jemand der so offensichtlich in der Hand von CIA und NSA zu sein scheint, kann eben nur grinsen da man ihn ohne größere Probleme fallen lassen würde und das will Scholz ganz sicher nicht.

Die Rückkehr der Stasi Methoden?

(Netz Fund journalistenwatch - Netzwerkkritischer Experten)

Der Historiker Hubertus Knabe behauptet, Deutschland baue einen „riesigen Überwachungsapparat“ auf, der das Risiko birgt, eine Denunziationskultur ähnlich der Nazis und der Stasi zu schaffen. In einem Artikel der Welt macht er auf das Hinweisgeberschutzgesetz der Ampel aufmerksam. Dieses verpflichtet Firmen, Meldestellen für Straftaten einzurichten. Informanten dürfen anonym bleiben und Falschmeldungen bleiben straflos. Weiterhin warnt er vor einer Vergiftung des sozialen Klimas, wie man sie von Unrechtsstaaten kennt.



Blick

AUSLAND

🏠 | Ausland | Marcus Keupp: «Ukraine wird Russland im Oktober besiegen»

ETH-Militärexperte hat Zeitpunkt berechnet

«Die Ukraine wird Russland im Oktober besiegen»

Fortschritte an der Front gibt es kaum - dennoch soll der Krieg laut Militärökonom Marcus Keupp im Oktober enden. Der Grund: Russland gehen die Ressourcen aus. Das amerikanische Verteidigungsministerium ist sich dabei aber nicht so sicher.



Ursula von der Leyen   Nachrichtenwelt

Präsident der Europäischen Kommission
11 Monate

Russlands Angriffe auf zivile Infrastruktur, insbesondere auf Elektrizität, sind Kriegsverbrechen. Männer, Frauen und Kinder angesichts des bevorstehenden Winters von Wasser, Strom und Heizung abzuschneiden – das sind Akte puren Terrors. Und wir müssen es auch so nennen. Meine Rede im EP-Plenum:
<https://europa.eu /ljKMrxB>

„Wo bleibt der Post zu Israel?“ Was machen denn die Israelis in Gaza! Ist das kein Terror? VERLOGEN!

In Deutschland werde derzeit ein neues Meldesystem für Straftaten aufgebaut. Rund 90.000 Unternehmen und Tausende öffentliche Einrichtungen müssen seit Juli sogenannte Meldestellen einrichten. Wer dieses versäumt, dem droht eine Geldbuße von bis zu 20.000 Euro. Hinzukommen sogenannte externe Meldestellen, die Bund und Länder übergreifend betreiben. Die genannten Stellen sollen nicht nur Meldungen entgegennehmen, sondern auch Untersuchungen durchführen.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, entsteht auf diese Weise ein neuer, riesiger Ermittlungsapparat, der weder im Grundgesetz noch in den Verfassungen der Länder vorgesehen ist. Vorgeschrieben wird all dies durch das unlängst in Kraft getretene Hinweisgeberschutzgesetz. Die Hinweisstellen werden nicht nur Kriminalitätsverdachtsfällen nachgehen, sondern sich auch mit bußgeldbewehrten Vergehen befassen und sogar für Äußerungen von Amtsträgern zur Verantwortung gezogen, die „einen Verstoß gegen die Verpflichtung zur Treue zur Verfassung darstellen“.



„So manches erinnert heute unvermeidlich an die Methoden der Stasi in der DDR“

„Eine Atmosphäre der Angst“

Knabe warnte davor, dass „es nur ein kleiner Schritt vom Hinweis zur Denunziation ist“ und verwies auf das Beispiel Nazi-Deutschlands, wo die Deutschen ihre Nachbarn oft „zum persönlichen Vorteil oder aus Rache“ leidenschaftlich verpiffen hätten. Im schlimmsten Fall würden diese Anhaltspunkte zu einer ‚Atmosphäre der Angst, ähnlich wie in Diktaturen‘ führen“. Im Jahr 2018 entließ das Berliner Rathaus zum Beispiel den Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Die Vorwürfe lauteten, er habe es versäumt, sich mit Sexismus am Arbeitsplatz auseinanderzusetzen. Er beschwerte sich darüber, dass er ohne Vorwarnung und ohne Gelegenheit, seine Version der Ereignisse darzulegen, entlassen wurde. Sowohl politische Kommentatoren als auch Verfassungsexperten sind in den letzten Jahren zunehmend verärgert über die zunehmende Verbreitung sogenannter „Schaltzentren“, die häufig online eingerichtet werden.

„Antifeministisches Hinweisportal“

Ein „antifeministisches Hinweisportal“ der Amadeu Antonio Foundation, einer von der Bundesregierung finanzierten Antidiskriminierungs-NGO, ermutigt Menschen, über diejenigen zu berichten, die Flugblätter verteilen, die „Gender-Theorie“ kritisieren oder versuchen, feministische Ereignisse zu stören, schreibt Knabe. Auch die Umweltgruppe Greenpeace hat Anfang des Jahres ebenfalls ein ähnliches Portal eingerichtet, auf dem Bürger Cafés melden können, die keine wiederverwendbaren Kaffeebecher verwenden. Jeder Hinweis führte zu einer Meldung an die örtliche Behörde. Auch die Partei Alternative für Deutschland hat ähnliche Taktiken im Bildungsbereich angewendet.

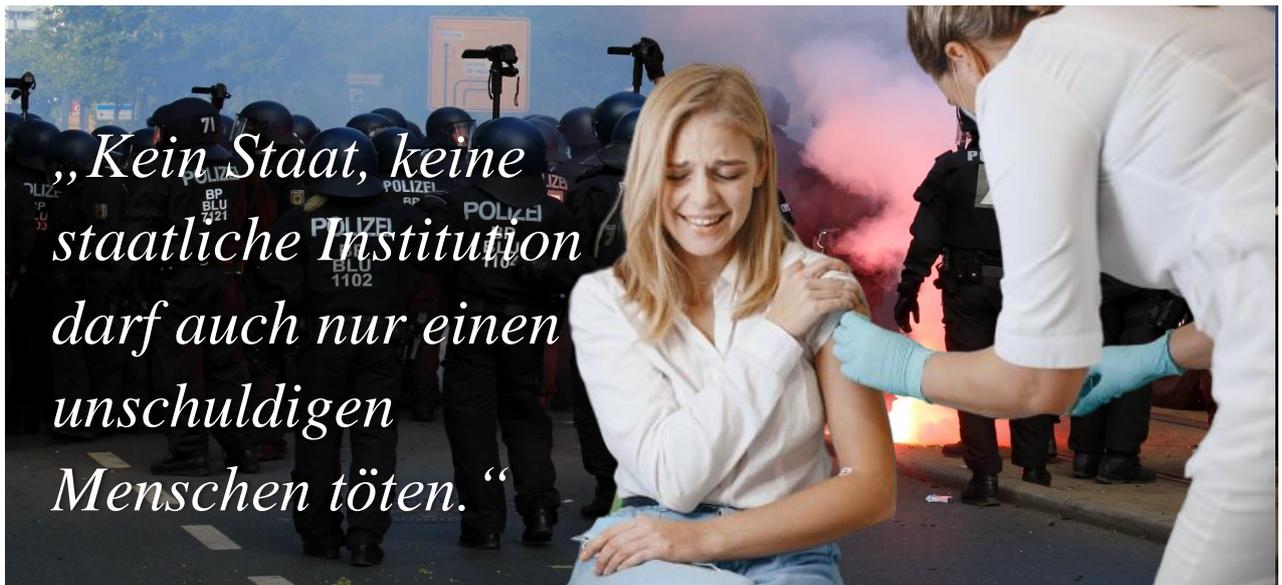
Im Jahr 2018 wurde eine Website eingerichtet, die Menschen dazu ermutigt, über Lehrer zu berichten, die „gegen ihre Verpflichtung zur Neutralität verstoßen“ haben. Es scheint sich also um eine grundsätzliche Veränderung des Systems zu handeln, über alle Parteien hinweg – die mit Sorge betrachtet werden muss, so Knabe abschließend. Netzwerkkritischer Experten

Kein Staat hat das Recht unschuldige Menschen zu töten

Netzfund von Rechtsanwalt Ralf Ludwig

Zunächst möchte ich mich für die unglaubliche Unterstützung und auch die kritische Begleitung für das Projekt Strafanzeige am 10. Dezember 2023 bedanken. Ich möchte mich beim Team des ZAAVV bedanken, das hier inhaltlich hervorragend arbeitet, viel zusammenträgt und die Argumentation, dass ein Staat keine unschuldigen Menschen töten darf, sehr breit weiterträgt. Das ist die Kernbotschaft der Strafanzeige, weil sie die Kernbotschaft der Menschenrechte und des Völkerstrafgesetzbuches ist:

„Kein Staat, keine staatliche Institution darf auch nur einen unschuldigen Menschen töten. Weder im Krieg noch im Frieden.“



In Europa sind wir sogar weiter. Hier darf niemand durch den Staat getötet werden, außer im Falle eines gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriffs aus Notwehr oder Nothilfe. Das ist die Botschaft, die von der Strafanzeige ausgeht.

„Ein Staat darf keine Menschen töten, außer zur Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs durch diese Menschen.“

Es gibt keine Abwägung. Es gibt kein wertvolles und unwertvolles Leben. Der Inhalt der Strafanzeige ist die Essenz unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Haben Parlamentarier, Richter, Minister von Verfassung wegen die Kompetenz, über den Tod von Menschen zu entscheiden, um andere Menschen (tatsächlich oder vermeintlich) zu retten? Das Völkerstrafgesetzbuch gibt hierzu eine

klare Antwort: Nein, es darf kein Gesetz geben, das erlaubt, auch nur einen einzigen unschuldigen Menschen zu töten. Es darf auch kein Gesetz geben, das erlaubt, auch nur einen Menschen schwer an seiner Gesundheit zu beschädigen. Es darf auch kein Gesetz geben, das Menschen Grundrechte nimmt, weil sie sich einer Impfung verweigern.

Diese Rechtssituation ist Ausgangspunkt für die Strafanzeigen, die am 10. Dezember 2023 bei der Generalbundesanwaltschaft eingereicht werden. Dabei ist die Generalbundesanwaltschaft nur eine Zwischenstation. Denn wenn in Deutschland nicht ernsthaft ermittelt wird, ist der Weg zum Internationalen Strafgerichtshof frei. Ich rufe alle Menschen, denen die Einhaltung der Menschenrechte, denen Frieden und Freiheit ein Bedürfnis und Anliegen ist dazu auf, am 10. Dezember 2023 um 11 Uhr nach Karlsruhe zum Platz der Menschenrechte zu kommen. Zugleich rufe ich alle Kritiker, insbesondere diejenigen, die die Veranstaltung in Karlsruhe anders organisiert hätten, mit anderen Partnern, mit anderen Wegstrecken, an anderen Plätzen, mit anderer Technik, mit anderen Moderatoren usw. dazu auf, sich konstruktiv an der Aktion zu beteiligen.

Es kann ansonsten sich der Eindruck einstellen, dass hier ein wirkmächtiger und öffentlich wirksamer Verweis auf staatliches Fehlverhalten durch Spaltung sabotiert werden soll. Ich gehe nicht davon aus, dass das beabsichtigt ist. Und rufe deshalb zum Zusammenhalt aller Friedens- und Freiheitsaktivisten, aller Querdenker auf. Lasst Euch nicht spalten. Lasst uns zusammenhalten für Grund- und Menschenrechte. Am 10. Dezember 2023 feiern wir uns Menschen und zelebrieren unsere Menschenrechte. Wir werden deutlich machen, dass die staatlichen Repräsentanten zu keinem Zeitpunkt eine gesetzliche oder rechtliche Kompetenz hatten und haben werden, über unser Leben und unsere körperliche Unversehrtheit zu entscheiden. Das ist die Botschaft der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die an diesem Tag 75. Geburtstag feiert. Ich freue mich auf viele, viele Menschen in Karlsruhe, die der Übergabe der Strafanzeige als "rote Karte" den passenden Rahmen verleihen werden. (Weitere Infos: zaavv.com/ka1012)

Institutioneller Verrat und die DARVO Strategie von Dr. Christopher B. Germann

<https://cognovo.net/cms/narzissmus-verstehen/>

Institutioneller Verrat und die DARVO Strategie

DR. CHRISTOPHER B. GERMANN

(Ph.D., M.Sc., B.Sc.)

Er erhielt 2009 an der Universität von Amsterdam den Bachelor of Science (B.Sc.) in Psychology. 2010 studierte er an der Universität von Plymouth und schloss mit dem Master of Science (M.Sc.) in Psychological Research Methods ab. Es folgte 2014 -2019 ein Studium Ph.D. in Psychology, University of Plymouth (Secondment at Manipal Univers. Jaipur, India).

Germann ist Gründer von Marie-Curie.eu, das unter anderem seine interdisziplinäre Doktorarbeit zur Quantenkognition und tryptaminerger Neurochemie unterstützt.



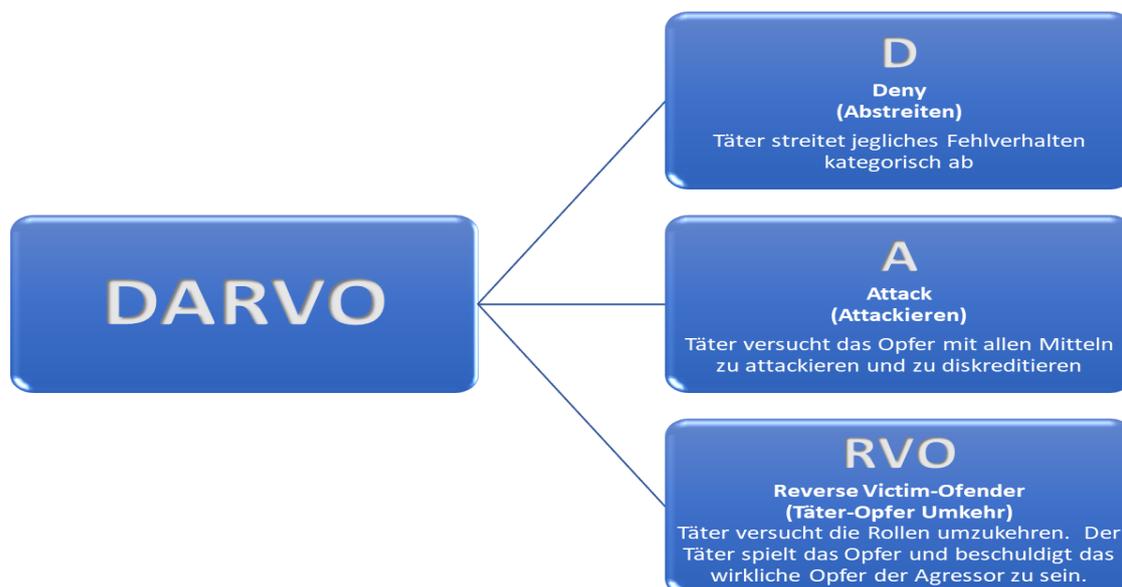
Die DARVO Technik

Manchmal kann es so aussehen, als ob Narzissten über so außergewöhnliche Manipulationsfähigkeiten verfügen, dass sie die Realität nach ihrem Willen biegen können. Dies wird schmerzlich deutlich, wenn sie jemandem Schaden zufügen und sich erstaunlicherweise der Verantwortung entziehen, indem sie das Drehbuch umdrehen und der Person, der sie Unrecht getan haben, die Schuld geben. Narzissten sind Experten darin, den Schmerz, den sie verursachen, aus der Erzählung zu löschen. Sie wischen sich die Hände sauber, indem sie ihre Bosheit, Aggression und ihren Verrat auf die Zielperson projizieren. Je bösser ein Narzisst ist, desto weniger hat er ein Gewissen. Dadurch ist er in der Lage, sein Opfer mit solcher Leichtigkeit und Geschicklichkeit zu beschuldigen, dass, sobald der Narzisst sein Netz der Täuschung gesponnen hat, das Opfer als der Angreifer und der Narzisst als sein unglückliches Opfer erscheint. In vielen Fällen sehen die Opfer fassungslos zu, wenn ihr Täter die Tatsache ihrer Aggression munter revidiert und die Wahrheit zu einer Erzählung verdreht, die nichts mit den tatsächlichen Ereignissen zu tun hat. Das liegt daran, dass Narzissten ein taktisches Manöver beherrschen, mit dem sie Einzelpersonen und sogar ganze soziale Gruppen durch die Kontrolle ihrer Wahrnehmung von Ereignissen effektiv erziehen. Narzissten manipulieren mit einer psychologischen Strategie das gesamte Umfeld Ihrer Opfer. Der Name dieser Strategie ist DARVO.

(<https://cognovo.net/cms/narzissmus-verstehen/>)

Was ist DARVO?

DARVO ist ein Akronym für Deny, Attack, Reverse, Victim und Offender (Leugnen, Angreifen, Umkehren, Opfer und Täter). Es ist ein Verteidigungsmechanismus, der von Manipulatoren verwendet wird, um sich der Verantwortung für den Missbrauch zu entziehen, den sie anderen zufügen. Der Begriff wurde erstmals 1997 in einem Artikel von Jennifer J. Freyd, Ph.D. definiert. Dr. Freyd ist Professorin für Psychologie an der „University of Oregon“ und Gründerin des „Center for Institutional Courage“ (Zentrum für institutionelle Courage). Laut Dr. Freyd "kann der Täter das Verhalten leugnen, die Person angreifen, die ihn konfrontiert, und die Rollen von Opfer und Täter vertauschen, so dass der Täter die Opferrolle übernimmt und das wahre Opfer - oder den Informanten - in einen mutmaßlichen Täter verwandelt". Das Abstreiten klingt normalerweise so: „Ich habe nichts getan, aber wenn doch, dann war es nicht so schlimm.“ „Es ist nie passiert, aber wenn doch, war es nicht so schlimm.“ Auf lokaler Ebene ist diese Strategie bei Sexualstraftaten, psycho-emotionalem Missbrauch und häuslicher Gewalt üblich. DARVO ist ein regelmäßiges Merkmal von Zwangs- und Kontrollverhalten. Auf der strukturellen Ebene bezeichnet Dr. Freyd diese Taktik als institutionelle DARVO.



Wer ist von DARVO betroffen?

Damit es zu DARVO kommt, muss ein Machtungleichgewicht bestehen. Die Strategie ist beispielsweise am effektivsten, wenn der Täter über mehr soziales Kapital verfügt als das Opfer. Wenn der Täter einer dominanten Gruppe angehört und das Opfer einer entrechteten Gruppe, ist es im Allgemeinen unwahrscheinlicher, dass dem Opfer geglaubt wird. Menschen, die für DARVO in Frage kommen, sind: 1. Opfer von Missbrauch, die ihren Missbraucher konfrontieren. 2. Whistleblowers. 2. Sozial schwache Personen oder Gruppen, z. B. Frauen, sind eher von DARVO betroffen als Männer.

Was ist der Zweck von DARVO?

Die DARVO-Taktik dient verschiedenen Zwecken: DARVO fungiert als Deckmantel, den Narzissten, Psychopathen oder andere Manipulatoren verwenden, um die Wahrheit über ihr anderen Manipulatoren, die Wahrnehmung des Opfers und des Konflikts durch andere zu kontrollieren. DARVO betäubt die Zielperson oft, sodass sie verwirrt ist und schweigt. Auf diese Weise kann der Täter eine Sündenbockgeschichte erschaffen, um Vorurteile gegen die Zielperson zu schüren und Unterstützung für seine Sache zu gewinnen. Dr. Freyd erklärt: "Dies geschieht zum Beispiel, wenn ein eigentlich schuldiger Täter die Rolle des 'zu Unrecht Beschuldigten' annimmt, die Glaubwürdigkeit des Anklägers angreift und ihn beschuldigt, der Urheber einer falschen Anschuldigung zu sein." In einem DARVO-Klima reichen keine Beweise aus, um die Verfehlungen des Täters zu belegen. Der Zielperson wird in einem sozialen Kreis, der von einem Narzissten, Psychopathen oder einem anderen Manipulator aufgebaut wurde, nicht geglaubt (auch wenn die faktische Beweislage eindeutig ist). Im Gegenteil, die Zielperson wird von der Gruppe einer erschreckenden Kampagne der Opferbeschuldigung ausgesetzt.



Sobald der Täter sich erfolgreich die Unterstützung der Umstehenden gesichert und sie darauf konditioniert hat, das Opfer als Täterin wahrzunehmen, wird das Opfer kollektiv gnadenlos zum Sündenbock gemacht. Dies führt oft zur Isolation und sozialen Ächtung des Opfers, mit möglichen schwerwiegenden Folgen wie Mord oder Suizid. Das Ziel des Narzissten, Psychopathen oder Manipulators ist die vollständige Zerstörung der Zielperson.

DARVO als kollektive kognitive Verzerrung

Die kognitiven Verzerrungen, die durch DARVO verursacht werden, schaffen ein Ökosystem der moralischen Korruption. Die Mitglieder der Peer-Group werden vom Narzissten ermutigt, sich in ein polarisiertes oder schwarz-weißes Denken zu vertiefen. Die Empathie der Gruppe für den Narzissten wird als Waffe eingesetzt und dazu benutzt, negative Vorurteile über das Opfer des Missbrauchs zu fördern. Narzissten, Psychopathen und andere Manipulatoren tun dies, um sicherzustellen, dass die Mitglieder der dominanten Gruppe gleichgültig und gefühllos gegenüber dem Verrat des Opfers werden. Die Desensibilisierung der Gruppe öffnet der Objektivierung der Zielperson Tür und Tor, und sobald dies erreicht ist, wird jede Form von Gewalt akzeptabel.

Warum beteiligen sich Unbeteiligte am kollektiven Verrat?

Laut Dr. Freyd ist Verratsblindheit ein Überlebensmechanismus, der auftritt, "wenn das Bewusstsein notwendige Beziehungen bedrohen würde". Anders ausgedrückt: Unbeteiligte neigen dazu, sich auf Verratsblindheit einzulassen, um sich selbst zu schützen und den Verlust oder Schmerz zu vermeiden, den sie riskieren würden, wenn sie mit der Zielperson sympathisieren würden. Sie bewerten ihre Beziehung zum Täter höher und sehen es daher als in ihrem eigenen Interesse an, sich in den Narzissten einzufühlen und nicht in das Opfer. In vielen Fällen können Umstehende sogar mehr soziales Kapital gewinnen, wenn sie dem Narzissten ihre Unterstützung gewähren. Es handelt sich in der Regel um eine Kombination aus Profitgier und Selbsterhaltungstrieb, die bei den Umstehenden ethische oder moralische Überlegungen in den Hintergrund treten lässt. Anders ausgedrückt: Die Mitglieder der Gruppe passen sich dem Konflikt innerhalb der Gruppe an, indem sie die Augen vor dem schädlichen Verhalten des Narzissten verschließen.

Die langfristigen Auswirkungen der DARVO auf die Opfer

Das Trauma durch die Erfahrung von DARVO kann bei vielen Opfern zu einer psychischen Auslöschung führen und schwerwiegende Folgen für ihre mentale Gesundheit haben. Dies kann sich in Form von starken Ängsten, Panik, Depressionen und posttraumatischem Stress manifestieren, wodurch wiederum das körperliche Wohlbefinden der Betroffenen beeinträchtigt wird. DARVO entwertet die Erfahrungen der Opfer und verschärft ihren Schmerz, indem die geschädigte Partei jeglichen Anspruch auf Gerechtigkeit verliert. Anstatt Unterstützung zu erhalten, werden die Opfer zusätzlich zu der anfänglichen Verletzung weiterhin verfolgt und beschuldigt, obwohl sie die eigentlichen Geschädigten sind.

Die Ablehnung durch das soziale Umfeld und die Tatsache, dass der Narzisst straflos bleibt, führen zu einer kontinuierlichen Verschärfung des Leidens der Überlebenden, was zu wiederholten Traumatisierungen führen kann.



Institutioneller Verrat

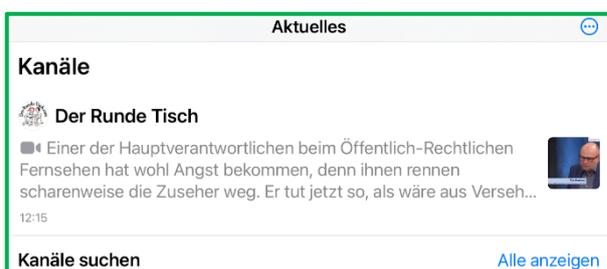
Institutioneller Verrat ist ebenfalls ein von der Psychologin Jennifer Freyd eingeführtes Konzept, das auf "Fehlverhalten von Institutionen gegenüber Personen, die von dieser Institution abhängig sind", verweist. Dies schließt das Versäumnis ein, wirksam auf Fehlverhalten innerhalb der Institution zu reagieren oder dies zu verhindern. Es erweitert den Rahmen der Verratstrauma-Theorie. Das Konzept umfasst Handlungen von Institutionen, die darauf abzielen, Einzelpersonen zu schädigen, die auf die Integrität und Unterstützung dieser Institutionen angewiesen sind. Es beinhaltet insbesondere das Versäumnis dieser Institutionen, angemessen auf Fehlverhalten zu reagieren oder präventive Maßnahmen zu ergreifen. Der institutionelle Verrat tritt auf, wenn die Handlungen der Institution die Genesung und das Vertrauen der von ihrem Fehlverhalten betroffenen Personen untergraben. Es erweitert die Betrachtung von Verrat über individuelle Beziehungen hinaus auf das Verhalten von Organisationen und Institutionen, die eine Verantwortung für das Wohlbefinden ihrer Mitglieder tragen.

„Ironischerweise interpretiert Professor Freyd ihre Theorie im Kontext von Covid wie folgt: Sie argumentiert, dass Institutionen mehr und klarere Sicherheitsmaßnahmen kommunizieren müssten und trägt somit selbst zum aktuellen DARVO-Szenario bei. Anstatt die Unehrlichkeit der Institutionen zu kritisieren, argumentiert sie, dass diese bessere Schutzmaßnahmen kommunizieren müssen. Sie hat den institutionellen Verrat selbst nicht erkannt oder kann diesen nicht erkennen, möglicherweise aufgrund eines akademischen Abhängigkeitsverhältnisses.“



Raus aus der Blase – Mehr Menschen Informieren

Nicht jeder ist auf Telegram, Twitter, Facebook usw. Damit nicht immer dieselben Personen Informationen bekommen, sondern die Zielgruppe erweitert wird informieren wir jetzt auch Täglich per WhatsApp Kanal.



Homepage und Multi- Datenbank für Freunde

Die mittlerweile umfassende Homepage vom Runden Tisch als Datenbank für Freunde stellt viel Wissen mit über 1.000 Dokumenten auf rd. 78.000 Seiten an Fakten und Informationen zur Verfügung. Studien, Gutachten, Gerichtsurteile und viele Dokumente sowie Interviews und alle bisherigen Sendungen Runder Tisch können kostenfrei angesehen oder runtergeladen werden. Musik und Musterbriefe, Tipps und der Newsletter stehen außerdem zur Verfügung.

NICHT kommerziell, keine Werbung, keine journalistische Tätigkeit!

HERZLICH WILLKOMMEN
GALERIE
DER RUNDE TISCH
STUDIEN UND URTEILE
ARTIKEL UND BERICHTE
MUSIK
More

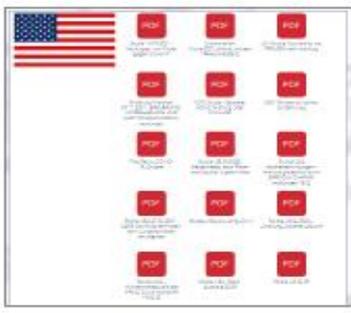
HOMEPAGE & DATENBANK



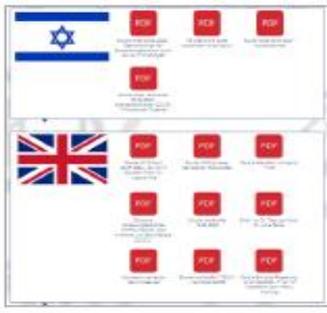
Studien



Gutachten



Urteile



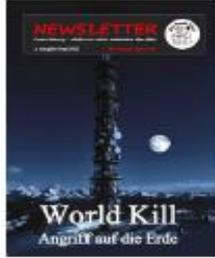
Interviews



Sendungen



Newsletter









Der Runde Tisch übernimmt keinerlei Haftung für mögliche Fehler, Irrtümer oder falsche Behauptungen in den obigen Artikeln! Die Artikel erheben auch nicht den Anspruch der absoluten Richtigkeit, sondern sie stellen lediglich eine persönliche Meinung dar. Durch die Artikel soll weder jemand beleidigt, aufgehetzt noch zu irgendeiner Handlung animiert werden! Die Veröffentlichung dient lediglich dazu Informationen dem Freundeskreis RT zur Verfügung zu stellen.

In eigener Sache



Der Runde Tisch

Regelmäßig erscheinendes Format mit Informationen zur aktuellen Lage Weltweit sowie Themen über die sonst im Mainstream nicht berichtet wird. Wir erheben nicht den Anspruch der absoluten Wahrheit, sondern wir teilen lediglich unsere eigene Meinung mit.



Runde Tisch ON TOUR

Hin und wieder berichten wir davon wie die Situation in anderen Ländern ist. Außerdem berichten wir auch von Demos und sonstige Protestaktionen on Tour unterwegs.



Runde Tisch Interview

Wir interviewen interessante Menschen die etwas zu erzählen haben was von Interesse ist. Wir werden auch Personen zu Wort kommen lassen die sonst kein Gehör finden.

Wer uns unterstützen möchte mit Rat und Tat ist herzlich willkommen!

Wir möchten auch zukünftig komplett auf Spenden oder andere Zuwendungen verzichten solange wir uns das leisten können. Zurzeit sind wir noch in der Lage unsere Kosten alleine zu bestreiten um Euch zu informieren im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten.

Das soll aber keineswegs bedeuten, dass wir die freien und unabhängigen Journalisten, Magazine und Plattformen nicht sehr zu schätzen wissen. Selbstverständlich müssen diese Journalisten sich finanzieren und das geht über Spenden und freie Beiträge sowie sonstige Zuwendungen auf jeden Fall erheblich besser und auch gerechter als die staatliche Zwangsabgabe (ehemals GEZ). Diese Zwangsabgaben sind aus unserer Sicht nichts Anderes, als eine „Zwangsfinanzierung“ staatlich kontrollierter und inhaltlich in keinster Weise unabhängiger Medien, es ist Staatspropaganda.

Wie könnt ihr uns also unterstützen?

- Wer Interesse hat selber hier Artikel für diesen Newsletter zu schreiben kann diese sehr gerne tun, wir würden uns über Eure Beiträge sehr freuen!
- Wer gut mit einer Fotokamera oder auch Filmkamera umgehen kann könnte uns bei bestimmten Gelegenheiten ebenfalls behilflich sein.
- Wir suchen auch immer wieder Leute die Videos schneiden und auch bearbeiten können so z.B. mit Einblendungen, Textunterlegungen usw.
- Wenn wir ON TOUR unterwegs sind, brauchen wir Leute vor Ort mit Ortskenntnis, die für uns auch bestimmte Kontakte knüpfen können.
- Wir sind immer dankbar für zuverlässige Informationen und Quellen zu bestimmten Sachverhalten. Wir brauchen eure Augen und Ohren vor Ort.
- Sach- und Fachkenntnis zu bestimmten Themen wie Medizin, Forschung, Staatsrecht um nur einige Beispiele zu nennen wären sehr hilfreich.



Mit uns Kontakt aufnehmen:

Email: DerRundeTisch@gmail.hu

Der Runde Tisch ist ausschließlich nur dem Freundeskreis Runder Tisch vorbehalten. Es handelt sich ausschließlich und nur um eine private und nicht kommerzielle und nicht einer journalistischen Tätigkeit unterliegenden Seite. Der Runde Tisch dient keinen geschäftlichen und /oder gewerblichen Zweck. Eine berufliche oder journalistische Tätigkeit besteht nicht. Es werden weder Einnahmen generiert noch findet Werbung statt.